

Der FUNKKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin. Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.)

NUMMER 90 A

BERLIN • Sonntag, den 17. April 1932

1. JAHRGANG

Der Kommunismus in Spanien.

Von Hermann Platiel (Madrid).

Es gibt im gegenwärtigen Augenblick kaum ein anderes Land, in dem sich die Unfruchtbarkeit der jetzigen Taktik und Arbeitsweise der Kommunistischen Internationale deutlicher zeigte als in Spanien. Ein weites Feld lag hier für eine revolutionäre Partei zur Bearbeitung vor. Es gab keine Vorarbeit guter Führer, es gab keine revolutionäre Tradition; alles mußte erst geschaffen werden. Diese Aufgabe erforderte kluge Menschen, Menschen mit offenen Sinnen und vor allem Menschen mit klaren Zielen.

Daß die KPS solche Menschen nicht in ihren Reihen, mindestens nicht an leitenden Stellen hatte, zeigt die Tatsache, daß die KP von den Ereignissen des vergangenen Jahres völlig überrascht wurde. Die Revolution hat die republikanischen Parteien ans Licht der Öffentlichkeit gebracht und auch die KP konnte aus der Illegalität hervortreten. Aber wie bleich und verkrüppelt stand sie da! Ohne Kraft und Saft und ohne innere Ueberzeugung begann sie automatisch die auswendig gelernten Formeln — wie Bildung von Arbeiter- und Bauernräten, Bildung von Fabrikkomitees und Bewaffnung des Proletariats u. s. w. — zu verbreiten, soweit ihre Stimme eben drang. Diese Parolen fanden kein Echo, schon deswegen nicht, weil sie von den Proletariern kaum verstanden wurden. Die KP setzte voraus, daß die *campesinos*, die Landarbeiter, draußen in den entlegenen Dörfern mit dem Wortschatz der KPS und mit den Erfahrungen der russischen Revolution vertraut seien und nun Eiligeres zu tun hätten, als die plötzlich über sie hergebrochene revolutionäre Situation auszunutzen und ein Sowjetspanien zu errichten. Sie dachten nicht daran! Sie wissen ja kaum etwas von dem weiten, weiten Rußland, und wenn sie davon etwas hörten, dann oft von Menschen, die der Sowjetunion keine großen Sympathien entgegenbringen: von den Anarchisten. Gewiß gibt es revolutionäre Arbeiter und Bauern in Spanien, in großer Zahl. Aber sie stehen unter dem Einfluß des Syndikalismus, der sich leidenschaftlich gegen jede Betätigung in der Politik, „die nur ein Tummelplatz für Betrüger und Unterdrücker sei“, wendet. Schöne Beispiele des Opfersinns und der Solidarität gibt es unter den spanischen Proletariern, die begeistert zu mehrwöchigem Generalstreik bereit sind, wenn ein Kollege gemäßregelt wird. Aber es hieß Unmögliches verlangen von einer bürgerlichen Revolution, daß sie eine Art Pfingstwunder hervorbrächte und über Nacht in die Köpfe der Proletarier die kommunistische Ideologie einträufelte.

Wie es kam, daß die KP-Leitung so wenig Verständnis für die Verhältnisse im Lande hatte, warum sie von der Revolution überrascht wurde und warum ihre Parolen trotz des Rückhaltes an der Komintern ohne Echo blieben, das kann man leicht verstehen, wenn man hört, worin die Tätigkeit der Partei in der Illegalität bestanden hat. Statt einer planmäßigen Ausbildung der Mitglieder beschränkte man sich auf die Austragung theoretischer Streitigkeiten, die natürlich die bekannten linken und rechten Abweichungen zum Gegenstand hatten. Diese inneren Kämpfe zogen sich endlos hin und haben heute noch nicht aufgehört. Heute noch wird die Kampfkraft der KP aufgebraucht in diesem inneren Streit. Der kürzlich in Sevilla stattgefundenen Parteitag der KPS sollte vor allem die Frage beantworten: Wie wird die KP eine Massenpartei? Und was war dieser Parteitag? Ein hitziger Kampf darüber, ob STALIN oder TROZKI Recht haben! Von der notwendigen Arbeit, von einer *Organisierung* ist nicht gesprochen worden. Man liest erschüttert diese Dokumente, die man ernstnehmen muß, weil sich an diese Partei Namen knüpfen und weil sie ihrer Geschichte wegen Ansehen hat. Ohne dieses Ansehen, das ihr LENIN und seine Genossen verschafft haben, würden ernste Menschen von diesen öden, inhaltsleeren Reden kaum noch Notiz nehmen.

Angesichts der Unmöglichkeit, die verschiedenen Meinungen unter einen Hut zu bringen, begrüßt man die Stimmen, die die Machtbefugnis des Zentralkomitees noch mehr erweitern möchten. Aber auch dies wird nichts zur Erhöhung der Schlagkraft und zur Festigung der Partei beitragen. Diese erhöhte Machtbefugnis wird vielmehr den Sektenscharakter der KP noch mehr betonen und die Abspaltungsprozesse beschleunigen.

In eine geradezu katastrophale Situation hat sich die KPS durch ihre Gewerkschaftspolitik gebracht. In völliger Verkennerung der Aufgaben, die eine Gewerkschaft zu lösen hat, hielt sie eine Betätigung in der „*Union General de Trabajadores*“, der freien Gewerkschaft, von vornherein für aussichtslos. Der Erfolg ist, daß diese Gewerkschaft völlig in den Händen von Sozialdemokraten liegt und öffentlich nicht neben der Sozialdemokratischen Partei genannt wird. Unter diesen Umständen ist es auch verständlich, daß diese Gewerkschaft mehr und mehr in Gegensatz kommt zu den

Nicht nachlassen!

SA als Skatklub. — Spione und Spitzel bei Behörden.

SA auf illegale Fortführung vorbereitet.

Skatklubs mit Geheimschlüssel für Polizeifunk.

a Darmstadt, 15. April.

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat sich bei den Haus-suchungen bei der NSDAP in Hessen Material gefunden, aus dem hervorgeht, daß die Fortführung der SA und SS in illegaler Form bereits bis ins Kleinste durchorganisiert ist. Der Polizei sei Geheimmaterial der hessischen SS-Führung in die Hände gefallen, in dem sich Geheimadressen und Angaben darüber befänden, wie die SA an den einzelnen Orten Hessens als Gesangsvereine, Kegelklubs, Skatklubs u. s. w. weiter zu bestehen gedanke. Ferner beweis eine Urkunde, die bei einem SS-Führer gefunden worden sei, die Bespitzelung von Amtsstellen.

Ueber diese Urkunde meldet der „Vorwärts“, es handle sich um einen Brief des Reichstagsabgeordneten WEITZEL, Oberführers der Gruppe V West der SS, in Düsseldorf, in dem den SS-Führern der Wortlaut wichtiger preußischer Polizeifunksprüche, die nach einem nur wenigen Personen bekannten Geheimschlüssel gefunkt wurden, übertragen mitgeteilt wird. Es handelt sich um die Funksprüche ssd, Berlin Nr. 82. 12. III. 1525 und ssd Nr. 111 Worte 131 vom 11. März 1735. Der Brief, der offenkundig auch an die anderen dem Oberführer unterstellten Stellen lief, lautet: „Anliegend Abschrift eines Telegramms des Ministers SEVERING zur Kenntnis. Das gleiche Telegramm sandte ich heute sämtlichen Gauleitern zur Kenntnis und weiteren Veranlassung. Alles Nähere hierüber am Samstag, gez. WEITZEL. Der SS-Gruppenführer West.“

Mit dem Verbot allein ist es nicht getan, wie wir sehen. Es kommt darauf an, daß die Polizei von den Handhaben, die ihr das Verbot bietet, energischen Gebrauch macht.

Daß in der SA-Pläne für illegale Weiterexistenz erwogen und vorbereitet sind, ist wohl selbstverständlich. Die hessischen NS sind jedoch zu unserem Glück Stümper der Illegalität — sonst hätten sie bei so viel Zeit für's Beiseiteschaffen die genannten Dokumente nicht in die Hände der Polizei fallen lassen.

Hessischer Landtag einberufen.

Thema: SA-Verbot.

a Darmstadt, 15. April.

Der Landtagspräsident hat auf Grund des nationalsozialistischen Antrages den hessischen Landtag auf kommenden Dienstag einberufen. Auf der Tagesordnung steht die Aussprache über die politische Lage in Hessen, insbesondere über das SA-Verbot.

AUS DEM INHALT:

Tokio dementiert — Tschiang Kai-chek verspricht.

Verbrecher gegen Verbrecher.

Um das Schicksal des „Reichsbanners“.

Erfolg Noskes.

Lohnabbau — Hitlergefahr Wen wählen wir?

Erfolgreicher Streik in Erfurt.

Eine fliegende Festung.

Tierschinderei. / Menschenwürde. / Der Untertan.

Bauern gegen Düngerkartelle.

Agrarkrise in Jugoslawien.

Abgelehnte NS-Anträge zum SA-Verbot.

Bromer Bürgerschaft.

b Bremen, 15. April.

Die Bürgerschaft sprach sich in ihrer Mehrheit gegen die Dringlichkeit eines nationalsozialistischen „Dringlichkeitsantrags“ auf Verbot des „Reichsbanners“ aus. Der Antrag ist damit wohl erledigt.

Oldenburgischer Landtag.

o Oldenburg, 15. April.

Der oldenburgische Landtag lehnte den nationalsozialistischen Antrag, beim Reichsinnenministerium Beschwerde gegen das SA-Verbot zu erheben, mit 21 : 21 Stimmen (Stimmengleichheit) ab.

Hitler klagt.

HITLER hat für die NSDAP beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich in Leipzig gegen das Deutsche Reich Klage erhoben wegen der Auflösung der SA und SS.

Er hat ferner den Erlaß einer einstweiligen Verfügung beantragt, wonach dem Deutschen Reich, den Ländern Preußen, Bayern, Baden, Württemberg und Hessen die polizeilichen Maßnahmen gegen die SA und SS bis zur Beendigung des Rechtsstreits vor dem Staatsgerichtshof untersagt werden sollen.

Die würdigste Form der Mai-Feier.

Berliner Buchdrucker zum 1. Mai.

In der Generalversammlung der Berliner Buchdrucker, die am Donnerstag stattfand, wurde folgende Entschlieung gegen wenige Stimmen angenommen:

„In Anerkennung des Grundsatzes, daß die würdigste Form der Mai-Feier die völlige Arbeitsruhe ist, verpflichtet die Generalversammlung, trotz der vom Gauvorstand geltend gemachten Bedenken, alle Berliner Kollegen, vom 1. Mai, 6 Uhr früh, bis 2. Mai, 6 Uhr früh, die Arbeit ruhen zu lassen.“

revolutionärerem, aber in ihren Taten planlosen Syndikalisten. Die KP hat ihr Interesse natürlich nur der „Confederacion del Trabajo“ (CNT), der syndikalistischen Gewerkschaft, zugewandt und dort als

Ziel der Gewerkschaftsarbeit die Beseitigung der „verräterischen Anarchoreformisten“ aufgestellt. Da sie dieses Ziel nicht auf dem ordentlichen Wege: durch ehrliche Arbeit innerhalb der Gewerkschaft das Vertrauen der Mitglieder zu gewinnen, erreichen konnte, wahrscheinlich, weil ihre Mitglieder dazu zu träge waren, so hielt sie die CNT für desorganisiert und gründete das berühmte Komitee der Rekonstruktion, das zum Ziele hatte,

Da der 1. Mai in diesem Jahre auf einen Sonntag fällt, können bei Durchführung dieses Beschlusses diejenigen Montagszeitungen, die in der Nacht vom Sonntag zum Montag hergestellt werden müssen, nicht herauskommen.

Wir begrüßen es, daß die Berliner Buchdrucker durch diesen Beschluß zeigen, daß sie gewillt sind, den 1. Mai als Kampftag zu feiern, auch wenn er auf einen Sonntag fällt.

das „von den Anarchoreformisten geworfene Banner der CNT wieder aufzurichten“.

Dieses Manöver hat der KP schweren Schaden zugefügt, weil die Mitglieder der CNT darin einen Versuch der Spaltung sahen und die Kommunisten mit Recht als Spalter bezeichneten. Allerdings erlitt die CNT während der Diktatur PRIMO DE RIVERAS eine gewisse Minderung ihrer Wirksamkeit und wurde auch organisatorisch geschädigt. Aber als die KP ihr Komitee gründete, war die Krise in der CNT zum größten Teil überwunden.

Nachdem sich dieses Komitee als unfruchtbar erwiesen hatte, schritt die KP zu anderen Versuchen, die „Einheits-

front" herzustellen. Durch eine lokale Gewerkschaftsorganisation in San Sebastian wurden die der UGT und CNT angeschlossenen Verbände zu einer Konferenz eingeladen, die in Madrid am 25. März stattfinden sollte, aber auf unbestimmte Zeit verschoben wurde. Vermutlich waren die Anmeldungen nicht ausreichend, um eine öffentliche Blamage zu vermeiden. Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß die Leitungen beider Gewerkschaften jeden Verband mit dem Ausschluß bedroht haben, der der kommunistischen Einladung Folge leisten wollte. Diese Konferenz, die die Gewerkschaftseinheit herstellen sollte, hat den Ruf der KP als Spalterin noch vertieft. Damit hat sich die KP in eine völlig aussichtslose Lage gebracht. Es nützt ihr nichts, die Spaltungsabsicht den anderen zuzuschreiben, denn jeder politische Anfänger versteht, daß die Unternehmung — selbst wenn die KP es ehrlich meinte — auf nichts anderes hinausläuft, als auf die Gründung einer dritten Gewerkschaftsrichtung. Das damit die Einheit nicht gefördert wird, das kann man verstehen, wenn man bis Drei zählen gelernt hat.

Wenn man mit spanischen kommunistischen Genossen spricht, dann wird man fast immer auf Zustimmung stoßen, daß diese Taktik der Einheit nicht dienen kann. Man hat den Eindruck, daß keiner von der Richtigkeit der KP-Gewerkschaftstaktik überzeugt ist, aber, so tröstet man sich gläubig, „das ist die Meinung des Genossen STALIN!“

Wer gegen die Gewerkschaftstaktik spricht, wird als Trotzkist gebrandmarkt und muß reumütig eine Erklärung unterschreiben, daß er sich nie mehr in Gegensatz zur Parteiansicht stellen wolle. Wenn er das nicht tut, wird er zwar nicht verbannt, weil dazu die Macht der KPS nicht reicht, aber er wird aus der Partei ausgeschlossen. Kein Wunder, daß der Trotzkiflügel in Spanien einen fühlbaren Einfluß hat und diesen Einfluß immer wieder bis weit in die offizielle Partei hinein geltend macht.

Die Isolierung der KPS ist ziemlich vollständig. Das sehen natürlich alle Kommunisten, und sie suchen verzweifelt nach Mitteln, um die Arbeiterschaft heranzukommen. Die Nervosität der KP-Funktionäre drückt sich in der planlosen Ausgabe von Parolen, in sinn- und zwecklosen Konferenzen und Komitees aus. Der „Offene Brief“, den die Komintern an die spanischen Genossen gerichtet hat, und in dem alle Schuld auf die Unglücksraben des Zentralkomitees der spanischen KP abgewälzt wird, hat die Konfusion noch erhöht. Geffissentlich schweigt dieser Brief über das Kernproblem, dessen Lösung allein die KP aus der Isolierung herausbringen könnte. „Die spanische Arbeiterklasse wird zum Kommunismus stoßen; das ist absolut sicher.“ — so tröstete Losowsky die spanischen Kommunisten, fügt aber hinzu, „daß es vorher nötig ist, die Arbeiterklasse aufzusuchen. Kommunisten, geht zu den Arbeitern, geht in die Fabriken u. s. w.“

Warum er nicht sagt: „Geht in die Gewerkschaften!“, ist klar, denn die Konsequenz dieser Aufforderung wäre: einen schweren Fehler eingestehen. Dazu hat die Leitung der Roten Gewerkschaftsinternationale wohl noch nicht den Mut.

Der „Offene Brief“ führte in KP-Kreisen zu heftigen Auseinandersetzungen. Man warf der Zentralleitung vor, daß sie versuchte, den Brief teilweise zu unterschlagen, weil darin die KP-Leitung besonders scharf gerügt wurde. „Ihr wurde vorgeworfen, daß sie schon einmal ein ähnliches Dokument unterschlagen hätte, weil sie sich scheue, offen zu sein. Man kann sich vorstellen, wie tief sich das Mißtrauen unter den Parteimitgliedern eingräbt.“

Die „autoeritica“, die Selbstkritik, ist nichts als eine Selbsttäuschung, denn sie macht Halt vor den höchsten Instanzen. Und sie macht Halt vor der „Linie“ der Partei, so wie die Wissenschaft Halt machen muß vor dem Dogma der Kirche. Und darum ist solche „Selbstkritik“ nichts wert. Die spanischen Kommunisten verstehen sie auch noch nicht zu machen, denn sie stoßen immer wieder gegen die Linie vor — und werden dafür als Trotzkisten entlarvt.

Traurig ist dieser Niedergang einer revolutionären Partei und noch trauriger ist die Notwendigkeit, immer wieder auf die so offenkundigen Mängel hinweisen zu müssen. Der Kampf um den Sozialismus ist nicht die Privatangelegenheit eines Kreises von Menschen, die nach Belieben auf dem Rücken der Arbeiterschaft herumexperimentieren dürfen. Der Kampf um den Sozialismus ist eine öffentliche Angelegenheit,

Tokio dementiert, Tschiang Kai-chek verspricht.

Die japanische Regierung meldet erstens, daß General MA, entgegen der Meldung der United Press, keinen Aufstand gegen den mandschurischen Staat führe, ferner, daß sich keine Anhaltspunkte finden lassen für eine russische Beteiligung an der Bombenkatastrophe auf den japanischen Militärzug. Tschiang Kai-chek hat in Nanking erklärt, Japan werde keinen militärischen Vorstoß mehr unternehmen, die chinesischen Gebiete würden von Japanern geräumt werden. Danach werde China für die Rückeroberung der Mandchurei eintreten. Eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beratungen in Moskau komme nicht in Frage.

Von diesen Meldungen verdient Beachtung die japanische amtliche Erklärung über die Nichtbeteiligung der Russen an der Eisenbahnkatastrophe. Diese Meldung trifft zusammen mit einer anderen aus Moskau, wonach durch japanische Militärs der Versuch unternommen worden sei, eine Haus-suchung im sowjetrussischen Generalkonsulat durch den Chef der Chabrinow Polizei vornehmen zu lassen. Da der Polizeichef sich geweigert hat und von Tokio zugleich die Nichtbeteiligung Rußlands an dem Attentat auf den Militärzug offiziell festgestellt worden ist, scheint der drohende Konflikt für den Augenblick wieder beseitigt zu sein.

Japanische Herrschaftspläne.

W. H. Eine angesehene evangelische Persönlichkeit der USA, SHERWOOD EDDY, machte kürzlich eine große Reise durch Ostasien und berichtet jetzt darüber in der amerikanischen kirchlichen Wochenschrift „Christian Century“.

In China besuchte EDDY auch die Gebiete, die unter kommunistischer Herrschaft stehen, und stellte fest, daß fünf Provinzen mit einer Bevölkerung von rund 100 Millionen Menschen auf dem Wege sind, eine große chinesische Sowjetunion zu bilden. In Hankau fand der Reisende, daß nur zwei oder drei von den sieben Bezirken der Provinz frei sind von Kommunismus.

In Japan war EDDY geradezu sprachlos über die Wucht der Diktatur der Militärs. Die Bevölkerung darf nichts erfahren, was für Japan ungünstig ist. Eine rücksichtslose Pressezensur und Vortragskontrolle halten jede Kritik fern. Die militärische Propaganda stellt Japan als den Erlöser Chinas hin. Dabei erklärte EDDY offen, daß die chinesischen Angriffe auf die mandschurische Eisenbahn als angeblicher Kriegsgrund nicht ernst zu nehmen sind.

Auf Grund seiner Erfahrungen in China entwickelte EDDY den japanischen Militärs und Staatsmännern folgende Perspektive: Wenn Japan seine militärische Offensive weiterführt, so kann die Folge nur die sein, daß die Zentral-

regierung in Nanking zusammenbricht und ein Chaos einbricht. Dann könnte es freilich dazu kommen, daß ein Teil Chinas an Japan fällt. Fünf oder sechs der mächtigsten Provinzen aber würden dann alsbald eine große Sowjetrepublik bilden, gestützt durch Moskau. Schanghai und ein Teil des Yangtsesales bliebe einer kümmerlichen sogenannten Zentralregierung, andere Gebiete würden sich entweder auf die Japaner oder auf die Kommunisten stützen, um eine Art Selbständigkeit zu retten. Der ganze Zusammenbruch des chinesischen Riesenreiches aber wäre begleitet von einem fürchterlichen Blutbad. Im Hintergrund steht dann nach EDDY der Zusammenstoß zwischen Japan und dem vereinigten chinesisch-russischen Kommunismus, wobei dann eines Tages etwa 500 Millionen Menschen den Japanern gegenüber-treten, vielleicht nach der Vollendung des zweiten russischen Fünfjahrplanes.

Ein japanischer General sprach gegenüber diesen Befürchtungen die Hoffnung aus, daß es gelingen werde, nach altem römischen Rezept „Teile und herrsche“ vorher ein Stück nach dem anderen von dem östlichen Kontinent wegzureißen und schließlich ganz Ostasien bis zum Balkasee zu besetzen. Dort wäre dann der Wall, hinter dem der japanische Imperialismus den russischen Kommunismus in Schranken halten würde.

Ob diese Phantasien japanischer Militaristen Wirklichkeit werden, das ist mehr als zweifelhaft. Nicht zweifelhaft ist aber, daß in Ostasien Millionenmassen in Bewegung sind, und daß die Anmaßung der japanischen Machthaber die Weltkriegsgefahr in greifbare Nähe gerückt hat.

Helft den chinesischen Genossen.

St—d. In Frankfurt am Main und Essen fanden öffentliche Versammlungen des ISK statt, die sich mit der Lage Chinas befaßten. Die Genossin CHYIN CHEN entwickelte auch hier kurz die Vorschläge, die sie den europäischen Genossen, die China helfen wollen, macht:

Vor allem darf das Proletariat sich nicht mitschuldig machen an der Versorgung Ostasiens mit Kriegsmaterial.

Ferner sollte auf Japan ein Druck ausgeübt werden, durch den Boykott japanischer Waren.

In der Aussprache waren sich die Genossen im wesentlichen über die Berechtigung dieser Forderungen einig, sowie über die andere, daß gerade den Gewerkschaften in diesem Kampf eine ausschlaggebende Rolle zukomme. Wie viel hier bereits verlorengegangen ist, beweist das polizeiliche Verbot an CHYIN CHEN in Essen, über innerdeutsche Angelegenheiten zu reden. Nicht einmal dieser bescheidene Internationalismus also ist noch überall erlaubt.

Tardieu und Stimson beraten. Womit Amerika nichts zu tun hat.

k Paris, 15. April.

Am Freitag um 19 Uhr wurde vom Ministerpräsidium folgende amtliche Verlautbarung ausgegeben: „TARDIEU und STIMSON haben sich dazu beglückwünscht, daß sie in voller Freiheit und in einem Geiste der gegenseitigen Freundschaft die Gesamtheit der Fragen prüfen könnten, welche die beiden Länder interessieren und besonders diejenigen Fragen, die auf der Genfer Konferenz zur Erörterung stehen.“

In gut unterrichteten Kreisen spricht man von einem Kompromißvorschlag, den STIMSON TARDIEU vorgelegt haben soll, und der ein Licht auf die „Freiheit“ und „Freundschaft“ wirft, durch die die diplomatischen Besprechungen amtlich gekennzeichnet sind.

für deren Behandlung das höchste Maß an Verantwortungsbewußtsein aufgebracht werden muß. Mit allen Mitteln der auch von den Kommunisten hochgepriesenen Wissenschaft muß der Weg nach dem Ziele gesucht werden. Die große Gelegenheit in Spanien ist durch die dilettantische Behandlung der Politik durch die KP versäumt worden. Es gibt Gründe genug zur Befürchtung, daß sie auch in Zukunft Gelegenheiten versäumen wird, denn „sie ist im Tempo zurückgeblieben“ und wird es, wenn sie sich nicht grundsätzlich wandelt, auch nicht wieder einholen.

Dieser Kompromißvorschlag bestehe darin, so heißt es, daß die Frage der Landrüstungen und der Sicherheit von der Frage der Seerüstungen getrennt und beide gleichzeitig, doch gesondert behandelt werden sollen. STIMSON sei der Ansicht, daß die Landrüstungsfrage eine Angelegenheit sei, die von den europäischen Kontinentalmächten allein gelöst werden müsse, während die Seemächte die Aufgabe hätten, in der Frage der Seerüstung eine Verständigung zu finden. An letzteren Verhandlungen wünsche Amerika praktisch und aktiv teilzunehmen, während es mit dem europäischen Sicherheitsproblem grundsätzlich nichts zu tun haben wolle. Die gegenseitige Hilfeleistung sei eine Frage, die die vereinigten Staaten nichts angehe und mit der sie sich nicht befassen wollten. Ein Abkommen dieser Art würde Amerika dementsprechend nicht mitmachen. Was England anbelange, so nehme es die gleiche Haltung ein und wolle ebenfalls keine neuen Bindungen übernehmen.

Uniformverbot für Wiener Nationalsozialisten.

k Wien, 16. April.

Die Wiener Polizeidirektion hat angeordnet, daß bei einer am Sonntag, dem 17. April, auf dem Wiener Karlsplatz stattfindenden Kundgebung der Wiener Nationalsozialisten weder Braunhemden noch braune Kappen und Mützen, noch Schulterriemen oder sonstige Ausrüstungsstücke getragen werden dürfen.

L. N. TOLSTOI

Wieviel Erde braucht der Mensch?

Erschienen im Insel-Verlag zu Leipzig. (5. Fortsetzung und Schluß.)

„In dieser Richtung“, sagte sich Pachom, „habe ich genug; jetzt heißt es einbiegen! Ich bin ganz in Schweiß gebadet. Ich will etwas Wasser trinken.“ Er blieb stehen, grub ein etwas größeres Loch, schichtete die Rasenstücke übereinander, band die Kürbisflasche vom Gürtel, trank und bog dann scharf nach links ein. Er ging und ging, geriet in hohes Gras; es wurde aber immer heißer.

Pachom begann Müdigkeit zu spüren; er blickte auf die Sonne und sah, daß es just die Mittagstunde war. „Nun, jetzt darf ich wirklich etwas ausruhen!“ Pachom blieb stehen und setzte sich. Er aß Brot, trank Wasser, legte sich aber nicht hin, denn er sagte sich: „Wenn ich mich hinlege, kann ich unversehens einschlafen.“ Er blieb eine Weile sitzen und ging dann weiter. Anfangs fiel ihm das Gehen leicht, denn das Mittagbrot hatte ihn gestärkt. Es war ihm aber sehr heiß, auch überkam ihn allmählich die Schläfrigkeit. Er ging aber rüstig vorwärts und dachte: „Die Mühe ist kurz, doch das Leben lang.“

Nachdem er auch in dieser Richtung eine weite Strecke zurückgelegt hatte, wollte er wieder nach links einbiegen; da stieß er aber auf eine feuchte Talsenkung; es war schade, sie anzugeben. Er dachte sich: „Hier muß Flachs gut gedeihen.“ Und er ging noch weiter in der gleichen Richtung. Er nahm also auch noch die feuchte Stelle in seinen Kreis auf, grub wieder ein Loch und machte den zweiten Winkel. Pachom blickte auf den Hügel zurück; es war dunstig geworden, die Luft schien in der Sonnenglut zu zittern, und durch den Dunst hindurch konnte man die Leute auf dem Hügel kaum sehen.

„Ich habe die beiden ersten Seiten zu lang gemacht“, sagte sich Pachom, „die dritte Seite muß kürzer werden.“

Er begann noch schneller zu gehen, um die dritte Seite des Vierecks zu machen. Er sah auf die Sonne; sie neigte

sich der Vesperzeit zu. Auf der dritten Seite hatte er aber erst kaum zwei Werst zurückgelegt, und bis zum Ausgangspunkt blieben noch immer fünfzehn Werst.

„Nein“, sagte er sich, „so geht es nicht: wenn es auch ein schiefes Stück wird, ich muß jetzt geradeaus aufs Ziel gehen. Daß es nur nicht zuviel wird. Ich habe ja schon jetzt genug.“

Pachom grub schnell ein Loch und ging direkt auf den Hügel zu.

IX.

Pachom geht also geradeaus auf den Hügel zu, und das Gehen fällt ihm immer schwerer: er schwitzt, die bloßen Füße sind zerschunden und wollen ihm nicht mehr gehorchen. Er will gerne etwas ausruhen, darf es aber nicht mehr; sonst kann er vor Sonnenuntergang nicht zurück sein. Die Sonne wartet nicht und sinkt immer tiefer.

„Habe ich nicht doch einen Fehler gemacht und mir zu viel Land genommen? Wenn ich nur nicht zu spät komme!“

Er blickte bald auf den Hügel, bald auf die Sonne: bis zum Ziel ist es noch weit, die Sonne steht aber schon dicht über dem Steppenrand. Pachom geht mit großer Mühe und beschleunigt immer mehr seine Schritte. Er geht und geht, die Entfernung bleibt aber immer die gleiche; nun fängt er zu laufen an. Er wirft das Unterkleid, die Stiefel, die Kürbisflasche und die Mütze fort und behält nur die Hacke, um sich auf sie zu stützen.

„O weh“, sagt er sich, „ich war zu gierig, habe die ganze Sache verdorben, werde vor Sonnenuntergang nicht hinkommen.“

Die Angst benimmt ihm den Atem. Er rennt, was er rennen kann; Hemd und Hose kleben ihm am Leibe, sein Mund ist wie ausgetrocknet, die Lunge arbeitet wie ein Schmiedebalg, das Herz hämmert, und die Beine wollen ihn nicht tragen und knicken ein. „Daß ich vor Ueberanstrengung nicht sterbe!“, denkt er voller Angst. Er fürchtet zu sterben, kann aber nicht mehr stehen bleiben.

„Ich bin schon so weit gelaufen“, denkt er, „und wenn ich jetzt stehen bleibe, werden mich die Leute einen Narren nennen!“

Er läuft und läuft, erreicht beinahe den Hügel und hört, wie ihn die Baschkiren mit Kreischen und Schreien antreiben. Vor diesem Geschrei brennt sein Herz noch mehr. Pachom läuft mit den letzten Kräften, die Sonne erreicht aber schon den Steppenrand, sieht durch den Dunst ganz groß und blutrot aus. Jeden Augenblick kann sie untergehen. Er hat aber nicht mehr weit zu laufen. Pachom sieht die Leute auf dem Hügel stehen; sie winken ihm und treiben ihn an. Er sieht auch die Fuchsfellmütze auf der Erde, sieht sein Geld auf ihr liegen, sieht den Aeltesten auf der Erde sitzen und sich mit beiden Händen den Bauch halten. Pachom muß an seinen Traum denken. Er sagt sich:

„Nun habe ich viel Land; ob es mir beschieden ist, darauf zu leben? Wehe! Ich habe mich zugrunde gerichtet, erreiche den Hügel nicht mehr.“

Pachom blickt wieder auf die Sonne: sie berührt schon den Horizont, und ein Stück an ihrem Rande ist bereits abgeschnitten. Pachom nimmt seine letzten Kräfte zusammen, und beugt sich mit dem ganzen Körper vor, so daß seine Beine kaum mitkommen können. Wie Pachom den Hügel erreicht, wird es plötzlich dunkel. Er blickt zurück — die Sonne ist schon untergegangen. Pachom stöhnt auf: „Umsonst war meine ganze Mühe!“ Er will stehen bleiben, hört aber die Baschkiren noch immer schreien. Es fällt ihm ein, daß es ihm nur unten so scheint, daß die Sonne schon untergegangen sei; vom Hügel kann man sie wohl noch sehen. Pachom holt Atem und läuft den Hügel hinauf. Oben ist es noch hell. Er erreicht den Gipfel und sieht die Mütze. Vor der Mütze sitzt der Aelteste, schüttelt sich vor Lachen und hält sich mit den Händen den Bauch. Wieder muß Pachom an seinen Traum denken. Er stöhnt auf, die Beine knicken ihm ein, und er fällt hin, wobei er mit den Händen noch gerade die Mütze berührt.

„Das hast du gut gemacht!“, schreit ihm der Aelteste zu, „viel Land hast du gewonnen!“

Pachoms Knecht läuft herbei, um seinem Herrn auf die Beine zu helfen. Pachom liegt aber tot da, und aus seinem Munde rinnt Blut.

Der Knecht nahm die Hacke, grub ein Grab, genau so lang, als Pachoms Körper war — drei Ellen — und verscharfte seinen Herrn.

Lohnabbau - Hitler-Gefahr und Preußenwahl - Wen wählen wir?

G-rei. Mit diesem Thema veranstaltete der ISK-Ortsverein Berlin eine gut besuchte Versammlung für den Bezirk Prenzlauer Berg. Die Diskussion war sehr reger, da sich an ihr Genossen der KPD, aus der KPD ausgeschlossene Kommunisten, Mitglieder des LENIN-Bundes, der SPD sowie einige Unorganisierte beteiligten.

In ihrer einleitenden Rede wies die Genossin MARIA HODANN auf den schon wieder drohenden Lohnabbau hin, auf die Tatenlosigkeit der SPD, und forderte auf, bei der bevorstehenden Preußenwahl für die kommunistische Liste zu stimmen. Trotz aller ihrer Fehler sei die KPD die einzige größere Arbeiterpartei, die zur Zeit den außerparlamentarischen Kampf führe.

Nach einigen Unorganisierten sprach ein Redner des LENIN-Bundes. Er teilte mit, daß seine Organisation an die KPD und SAP ein Schreiben gerichtet habe, mit der Aufforderung, ihre Stellung zu verschiedenen Punkten darzulegen. Von den etwaigen Antworten wolle der LENIN-Bund seine Stimmenabgabe in der Preußenwahl abhängig machen.

Ein Vertreter der SPD suchte seine Partei zu verteidigen. Nach seiner Ansicht habe die Zahl der SPD- und USP-Stimmen in der Nationalversammlung 1919 bewiesen, daß die SPD nicht die Regierungspolitik allein bestimmen konnte. Trotz dieser Schwierigkeiten habe die SPD sich verschiedene „Verdienste“ erworben; sie habe „die Gewerkschaften in das Staatsleben eingeführt“; sie habe eine Verschiebung des Volkseinkommens um 12 Prozent zugunsten der Arbeiterschaft erreicht. Ihre Haltung in der Präsidentenwahl habe zum Zweck gehabt, uns HITLER vom Leibe zu halten. Aus dem gleichen Grunde müsse man in der Preußenwahl für die sozialdemokratische Liste stimmen.

Zwischenrufe und spätere Diskussionsreden betonten immer wieder, daß die parlamentarische Stimmenzahl nicht allein maßgebend sei für das, was sich in der Politik erreichen läßt. Gerade das von jenem SPD-Genossen im Verlauf seiner Rede angeführte Beispiel von Italien, MUSSOLINI, beweist ja, was eine entschlossene Organisation mit außerparlamentarischen Mitteln erreichen kann, auch wenn sie noch in der Minderheit ist. Das gleiche zeigen die Erfolge von LENIN und die Politik des Zentrums, das ja dauernd in der Minderheit ist.

Für die Art, wie die Gedankengänge von SPD-Genossen festgefahren sind, ist es bezeichnend, wieviel Mühe es an dem Abend kostete, jenem SPD-Genossen klarzumachen, daß die SPD 1918 überhaupt keine Nationalversammlung hätte einzuberufen brauchen, sondern zuerst das Volk hätte aufklären können. Dazu hätte sie eine vernünftige Agrarpolitik ausarbeiten sollen, die den Bauern zeigt, daß Sozialismus nicht für die kleinen Bauern die Enteignung ihrer Betriebe bedeutet.

Andererseits zeigte sich in der Versammlung aber auch, wie festgefahren die Gedankengänge der Kommunisten sind. Ein Kommunist behauptete einfach immer wieder, daß keine nennenswerte Zahl von Arbeitern für die SPD stimmen. Es mußte ihm erst mehrmals nachgewiesen werden, daß seine Behauptung einfach nicht stimmt und daß die Mehrzahl der Arbeiter heute noch sozialdemokratisch stimmen, und daß die „Kameradschaft“ Bemühungen zur Verständigung mit den sozial-

demokratischen Arbeitern erforderlich sind, als er sich das bisher dachte.

Zum Beispiel ist die Aufforderung, bei der Preußenwahl für die kommunistische Liste zu stimmen, heute richtig. Aber man kann diese Behauptung nicht einfach damit begründen, daß die SPD „sozialfaschistisch“ sei. Sondern es ist nötig, auf das Scheinargument einzugehen, daß die SPD-Arbeiter haben: nämlich, daß es zur Bekämpfung HITLERS nötig sei, die SPD zu wählen; denn die KPD würde zusammen mit den Nazis die gegenwärtige Preußen-Regierung ja stürzen helfen.

Auf dieses Argument wurde erwidert: entweder können die Nazis die nächste Regierung im Preußen-Parlament bilden (weil sie mit den Deutschnationalen und anderen Reaktionen über 50 Prozent der Stimmen erlangen); oder die ultra-reaktionären Parteien können keine Regierung bilden, weil sie nicht die Mehrheit der Stimmen erlangen.

Im ersten Fall können wir auch durch Abgabe unserer Stimmen für die SPD die reaktionäre Mehrheit nicht verhindern, da wir ja die Listen der reaktionären Parteien sowieso nicht wählen.

Im zweiten Fall können die Reaktionäre wohl mit den kommunistischen Stimmen die gegenwärtige Preußen-Regierung stürzen, aber keine neue Regierung bilden. Die gegenwärtige Regierung würde also dann als Beamtenkabinet weiter amtierend, wie dies in Sachsen schon seit Jahren geschieht.

In der Diskussion wurde ferner die falsche Politik der KPD bei der Präsidentenwahl beleuchtet. Anstatt durch einen geschickten Vorschlag (es wurde z. B. PAUL LÖBE als Einheitskandidat der Arbeiterschaft für die Präsidentenwahl genannt) die SPD zu zwingen, im Gegensatz zum Bürgertum aufzutreten, hat die KPD durch Aufstellung THALMANNs, des ausgesprochensten Parteivertreters der KPD, es der SPD ermöglicht, ihre Blockpolitik mit dem Bürgertum fortzusetzen. Der SP-Genosse, der am Anfang des Abends geredet hatte, atmete erleichtert auf, als ein ISK-Genosse, veranlaßt durch Zwischenrufe eines KP-Genossen, sich mit scharfer Kritik nun auch dieser Fakultät der Arbeiterklasse zuwandte.

Die Aufforderung eines KP-Genossen, die ISK-Genossen sollten doch in die KP eintreten, dort hätten sie ein breites Wirkungsfeld, wurde überzeugend damit beantwortet, daß ja in der KP keine Meinungsfreiheit herrsche, was die Ausschlüsse von Genossen verschiedener Richtungen aus der KP dauernd bewiesen. Als der ISK 1925 gegründet wurde, geschah das in der klaren Erkenntnis, daß sowohl SP wie KP in ihren Grundlagen entscheidende Mängel besitzen, die in kritischen Lagen zum Versagen führen würden.

Wenn man sich auch damals noch im kommunistischen Lager täuschen konnte, heute ist das Versagen — und seine Gründe — offensichtlich.

Sehr angeregt verließen die Genossen verschiedenster Richtungen die Versammlung mit dem Gefühl der Zusammengehörigkeit, obwohl mit Leidenschaft diskutiert worden war. Hinter die Phrasen und Schlagworte zu leuchten, mit denen die Arbeiterschaft heute verblödet und verhetzt wird, das ist der Weg, auf dem die Einheitsfront der Arbeiterschaft gefördert werden kann.

Entlassungen trifft das Bergamt. Den streikenden Arbeitern wird ein Generalpardon gewährt, von dem nur solche Arbeiter ausgeschlossen sind, die sich am 18. April nicht zur Arbeit melden, oder die sich grobe Gewalttätigkeiten haben zuschulden kommen lassen.

Im Verhältnis zu den Forderungen der neuen Streikleitung, (die die Zurücknahme — nicht nur Vertagung — der Kündigungen in vier Gruben — nicht nur in einer — verlangte und außerdem Sicherstellung der Löhne, Entschädigung für Feterschichten, Verkürzung der Arbeitszeit u. a. forderte) ist das Zugeständnis, das den streikenden Arbeitern hier gemacht wird, verschwindend gering. Die Vertreter des kommunistischen Industriearbeiterverbandes, die in der Streikleitung führend sind, haben daher auch die Unterzeichnung des Abkommens verweigert.

Die freien Gewerkschaften haben den Streik längst verloren gegeben und nehmen die vorgelegten Bedingungen an. Auch die Arbeitgeber stimmen dem Abkommen zu.

französischen Kollegen wegzufahren. Als der Lastkraftwagen der deutschen Rettungsmannschaft die Grenze mit vollem Gas überraste, erschütterte ein Sturm den Saal. Der Beifall wollte nicht aufhören: „Nieder mit den Grenzen!“ hörte man immer wieder. Ein Hohlgläcker erklang in dem Augenblick, als nach der Rettung die Grenze tief unter der Erde durch ein fest gebautes Gitter wiederhergestellt wurde.

Am Schluß des Films standen viele, die noch lange riefen: „Nieder mit dem Krieg!“ Dann gingen die Genossen langsam raus; wenige sprachen, viele waren nachdenklich.

Wie furchtbar neben dieser spontanen Solidaritätskundgebung, wie furchtbar daneben das von Mißtrauen und Egoismus durchsetzte Mächtenspiel der Regierungsvertreter in Genf. Mögen sie ihr Handwerk dort weiterreiben, wenn es nur gelingt, die Kraft, die dieser Film erweckt, in die Arbeiterorganisationen hineinzutragen. Zum ersten Mai sollte dieser Film, vor allem in Frankreich und Deutschland, gespielt werden. Wie müßte es sein, wenn französische und deutsche Arbeiter gemeinsam im Saal säßen, ihn anhörten und dann zu einer gemeinsamen Demonstration auf die Straße gingen.

Eine fliegende Festung.

L. G. Während sich Parlamentarier und Friedensfreunde um die Abrüstung bemühen, wetteifert die Rüstungsindustrie aller Länder in der Herstellung von Kriegsmaterial. Die Hauptrolle spielt dabei die Flugzeugindustrie, da die Bombenflugzeuge als die gefährlichste und wichtigste Waffe der modernen Kriegskunst anzusehen sind. Das Neueste auf diesem Gebiet ist der Bau des französischen Bombenflugzeuges Lorraine „Courlis“ A. B. 20 mit vier Motoren von je 650 PS-Leistung. Dieses Flugzeug hat unter den Tragflächen einen besonderen Sitz für einen M.-G.-Schützen. Es ist ausgerüstet mit 9 Maschinengewehren und einer leichten Schnellfeuerkanone. Seine Geschwindigkeit beträgt 220 bis 230 km in der Stunde, sein Aktionsradius 1200 km, seine Flügelspannweite ist 37 m und seine Länge 22,5 m. Das Flugzeug ist

Am Sonntag finden gesonderte Beratungen der einzelnen Bergarbeiterverbände statt, von denen die endgültige Entscheidung über den Vertrag und damit über die Einstellung des Streiks abhängt.

Auch hier also das traurige alte Lied: Die Arbeiterorganisationen können sich nicht zu einer gemeinsamen Aktion entschließen — nicht einmal bei so offenbar gutem Angriffsgeist der werktätigen Kollegen. Kein Wunder, daß dabei nur die Unternehmer profitieren.

Der Brauereikonflikt.

Da die Kündigungen von den beiden hauptsächlichsten Brauereounternehmungen, dem Schultheiß-Patzenhofer-Konzern und der Bötzw-Brauerei bereits zurückgenommen waren, war der Streit für die Hälfte der Brauereiarbeiter Berlins zunächst erledigt.

In den jetzt erfolgten Verhandlungen zwischen den Tarifparteien ist die Kündigung des Kurzarbeitszeitabkommens seitens der Unternehmer nicht zurückgenommen worden. Sie haben sich jedoch bereit erklärt, die beabsichtigte anderweitige Einteilung der Vierzig-Stunden-Woche, die praktisch zu einem Aufgeben der Vierzig-Stunden-Woche geführt haben würde, zunächst zu unterlassen. Falls eine der angeschlossenen Brauereien oder der Verein der Brauereien zu einer anderweitigen Einteilung der Vierzig-Stunden-Woche übergeht, hat sich die Unternehmerpartei verpflichtet, mit den Gewerkschaften zu verhandeln.

Es ist also damit zu rechnen, daß der Kampf in nicht zu ferner Zeit wieder aufgenommen werden muß. Die Unternehmer wollen anscheinend nur einen günstigen Augenblick abwarten. Es ist daher unbedingt nötig, daß die Brauereiarbeiter auf dem Posten sind. Daß sie zum Kampf um die Beibehaltung der Vierzig-Stunden-Woche bereit sind, haben ihre Funktionäre gelegentlich ihrer Stellungnahme zu dem Verhandlungsergebnis erklärt.

Der Kampf im Baugewerbe.

Beide Parteien lehnen Schiedsspruch ab.

Der kürzlich gefällte Schiedsspruch für das Berliner Baugewerbe, der eine neue Lohnkürzung von 10 Prozent ab 1. Mai bringen sollte, ist sowohl von den Arbeitern als auch von den Unternehmern abgelehnt worden. Daß die Arbeiter den Lohnabbau ablehnen, ist selbstverständlich. Daß die Unternehmer ihn ablehnen, zeigt wiederum ihre Unverschämtheit, der die 10 Prozent Lohnkürzung noch nicht weit genug geht.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: (Bezirk Lichtenberg): Montag, 18. April, um 20 Uhr, Scharnweberstr. 8a, bei Seibke. Thema: Neuer Lohnabbau — Hitlergefahr und Preußenwahl! Wen wählen wir?

(Bezirk Neukölln): Donnerstag, 21. April, um 20 Uhr, Restaurant Bob, Allerstr. 40 (Ecke Weisestr.). Thema: Neuer Lohnabbau — Hitlergefahr und Preußenwahl! Wen wählen wir?

Bremen: Mittwoch, den 20. April, um 20.15 Uhr, im Verbandshaus der Buchdrucker, Am Wall 82I. Thema: Sozialistische Marktwirtschaft! — Der Ausweg aus den Wirtschaftskrisen.

Frankfurt a.M.: Mittwoch, den 20. April 1932, 20.15 Uhr, Volksbildungsheim: Redner: Karl Hinkel. Thema: Von der Präsidenten- zur Landtags-Wahl.

Freie Aussprache! Eintritt freil!

Magdeburg: Mittwoch, den 20. April, 20 Uhr, bei Bleck (früher Luchtfeld), Knochenhauerufer 27-28. Thema: Arbeiterschaft und Wahlen. Redner: MARIA HODANN (Berlin). Freie Aussprache! Eintritt 20 Pf. Für Erwerbslose 10 Pf.

gepanzert und für Jagdflugzeuge unangreifbar. Es kann bis zu 3000 kg Bomben aufnehmen.

Erfindungen und Wirtschaftskrise.

F—fm. Auch in der Abnahme der Gesamtzahl der deutschen Patentanmeldungen macht sich wohl die Wirtschaftskrise bemerkbar. Im Jahre 1931 ist die Zahl der deutschen Anmeldungen gegenüber dem Vorjahre geringer geworden und beträgt 72 686 gegenüber 78 400 im Jahre 1930. Das entspricht einer Abnahme um 5714 Anmeldungen = 7,3 Proz. — Zugenommen hat die Zahl der abgelaufenen und sonst gelöschten Patente um 3552 = 23 Prozent, die der Vergabungen nach der Bekanntmachung um 382 = 34,4 Prozent, die der vernichteten und zurückgenommenen Patente um 11 = 39,3 Prozent.

Die weitaus größte Zahl der angemeldeten Patente zeigt, wie in den Jahren vorher, wieder die Klasse 21, Elektrotechnik, mit 11 002, obwohl auch hier gegenüber dem Vorjahre ein Rückgang um 70 Anmeldungen = 0,63 Prozent vorliegt.

Erteilt wurden insgesamt im Berichtsjahre 25 846 Patente, davon 23 381 Haupt- und 2465 Zusatzpatente. Am Jahreschluß waren noch 95 812 Patente in Kraft.

Der Kampf mit dem Krebs.

Die Schweiz ist das Land, das verhältnismäßig am stärksten von der Krebskrankheit heimgesucht wird. Nach einer amtlichen Feststellung über das Jahr 1930 vom Eidgenössigen Gesundheitsamt stirbt dort durchweg jeder zehnte Mensch an dieser Krankheit. Es ist bemerkenswert, daß die Krebskrankheit in den Städten viel häufiger vorkommt als auf dem Land. Die Schweiz beabsichtigt zur Bekämpfung der Krebskrankheit Spezialkrankenhäuser für Krebskranke zu errichten, um die wissenschaftlichen Forschungen über Ursache und Bekämpfung der Krankheit besonders gründlich vornehmen zu können.

Einigung in Brüx? Schwache Zugeständnisse an die Streikenden.

Prag, 15. April.

Am Freitag kam es nach mehrtägigen Verhandlungen über den Brüxer Streik zu einem Einigungsvorschlag.

Die wichtigsten Bestimmungen des Einigungsprotokoll sind: Die Einstellung des Betriebes der Grube „Humboldt“ wird bis Ende 1932 vertagt. Neue Bergarbeiter werden grundsätzlich nicht aufgenommen. Die Zahl der Arbeiter wird nur durch natürlichen Abgang, wie Tod, Pensionierung und dergl. herabgesetzt. Bis Ende 1932 darf der Stand der Belegschaft nur dann in großem Umfang herabgesetzt werden, wenn eine Schicht nicht drei Tage in der Woche voll beschäftigt ist. Die endgültige Entscheidung über solche

Kameradschaft — in einem Pariser Arbeiterviertel.

R. B. Paris, 12. April.

Ihr habt mich gefragt, was die französischen Arbeiter zu dem Bergwerksfilm „Kameradschaft“ sagen. Er wurde wochenlang nur in einem der teuersten Kinos von Paris gespielt, freilich auch dort vor vollem Haus. Jetzt ist er in die Kinos der Pariser Arbeiterviertel eingewandert, dorthin, wohin er eigentlich gehört.

Ein großes Kino; 2000 Menschen; ein Sonntagabend, an dem der Film gespielt wird.

Zunächst gab es einen gewöhnlichen Film. Müdigkeit herrschte im Saal; hinter mir schliefen ein paar junge Arbeiter; die Witze waren allen bekannt, der Inhalt des Films auch.

Dann kam die Wochenschau: TARDIEU auf dem Wege nach London zeigte sein protziges Gesicht. Auf einmal ertönten ein paar Pfiffe. Der Saal warf die dumpfe und müde Stimmung ab. TARDIEU machte sich eilig davon. Der Krieg in Schanghai ersetzte ihn: brennende Häuser, Gesichter von Flüchtlingen voller Angst, Soldaten auf Wache. Auf einmal erscholl im Saal der Ruf: „Nieder mit dem Krieg“, andere Rufe folgten. Auf der Leinwand verschwanden die Schreckbilder. Es war, als ob der Kinooperateur auf die Stimmung des Publikums reagierte. Die Stimmung blieb nervös, die paar Bilder hatten wie eine Peitsche gewirkt. In dieser Atmosphäre fing der Film „Kameradschaft“ an.

Ich habe selten eine solche Anteilnahme gespürt wie hier an diesem Sonntagabend; das Wort „Anteilnahme“ gibt es nicht wieder; etwas Ähnliches konnte man nur erleben damals, als der „Potemkin“ in Arbeitervierteln gespielt wurde. Die Köpfe neben mir waren vorgestreckt. Manche sprachen ganz laut; man fühlte, daß die Zuschauer zu Teilnehmern der Handlung wurden. Ein starkes Atmen ging durch den ganzen Saal in dem Augenblick, wo die deutschen Kumpels nach dem kurzen Hin und Her des Zögerns und des Sich-Bedenkens den Entschluß faßten, zur Rettung der

Der Schuhmacherstreik in Erfurt mit Erfolg beendet.

E. H. Erfurt, 15. April.

Der Streik bei den Schuhfabriken METZLER und LINGEL ist jetzt nach sechs Wochen beendet worden. Die Arbeit wurde in beiden Betrieben am Donnerstag, dem 14. April, wieder aufgenommen.

Die Regierung hatte Anfang dieser Woche vermittelnd eingegriffen und beide Parteien zu Verhandlungen eingeladen. Obwohl zwischen beiden Parteien ein Kompromiß geschlossen wurde, hat der Streik einen Erfolg gebracht. Die Arbeiter hatten gefordert:

1. Für die METZLER-Arbeiter eine Lohnaufbesserung von 10 Prozent zwecks Anpassung der Löhne dieser Arbeiter an den Lohn der bei LINGEL beschäftigten Arbeiter.
2. Gleiche Arbeitszeit für beide Betriebe.

Durch diese beiden Maßnahmen sollte verhindert werden, daß eine willkürliche Verteilung der Arbeit seitens der gemeinsamen Firmenleitung vorgenommen wurde und daß durch diese willkürliche Arbeitsverteilung die METZLER-Arbeiter auch die komplizierteren Arbeitsgänge zu niedrigeren Löhnsätzen vornehmen mußten, während die LINGEL-Arbeiter für die eigentlich die kompliziertere Arbeit zu höheren Sätzen vorgesehen war, immer kürzere Zeit in der Woche arbeiteten und immer mehr von ihnen abgebaut wurden. Da die Arbeiter auf dem Verhandlungswege nicht durchdrangen, übten die wichtigsten Abteilungen passive Resistenz, die von der Geschäftsleitung mit Gesamtaussperrung beantwortet wurde.

Nach der Aussperrung kam als weitere Forderung der Arbeiter hinzu, daß bei etwaiger Wiederaufnahme der Arbeit keine Maßregelungen stattfinden dürften.

Die Forderungen: keine Maßregelungen und gleiche Arbeitszeit für beide Betriebe, wurden durch den Streik durchgedrückt. Die Lohnaufbesserung der METZLER-Arbeiter beträgt allerdings statt der geforderten 10 Prozent nur 5 Prozent. Ein gewisser Lohnunterschied zwischen einfacher und komplizierter Arbeit ist berechtigt. Die Arbeiter beider Betriebe werden jetzt auf gleiche Lohnhöhe kommen können. Daß die Arbeitsverteilung korrekt vorgenommen wird, dafür werden die Betriebsräte jetzt sorgen können.

Die Gewerkschaft hat sich während des Streiks, auch nach der Ansicht einsichtiger kommunistischer Arbeiter, vollkommen korrekt verhalten. Die Leitung des Streiks lag in den Händen der beiden Betriebsräte. Die Gewerkschaft konnte selbständig ohne Befragen der Streikleitung nichts unternehmen. In den Betriebsräten sind Arbeiter aller politischen Richtungen: SP-, KP- und KPO-Arbeiter. Daß die Leitung des Streiks in Händen der Betriebsräte lag, war für die Arbeiter sicher die beste Regelung. Die Betriebsräte kennen die Belegschaft und kennen die betrieblichen Verhältnisse.

Einige Zahlen zu dem Streik. Es streikten 500 Arbeiter. Der Kampf kostete die Gewerkschaft ungefähr 35 000 bis 40 000 Mark. Jeder Arbeiter bekam wöchentlich an Streikunterstützung 24 Mark, hierzu die Zuschläge für Kinder. Jugendliche bekamen selbstverständlich entsprechend weniger.

Die Gewerkschaft zählte auch an alle Unorganisierten Unterstützung, und zwar 10 Tage lang.

Während dieser Zeit mußte sich der betreffende Unorganisierte entscheiden, ob er Mitglied der Gewerkschaft werden wollte oder nicht. Im ersten Falle erhielt er weiter Unterstützung, im anderen Falle nicht.

Das Verhalten der RGO während des Streiks wurde von allen Arbeitern als unsachlich und schädigend abgelehnt. Die RGO war nicht führend am Streik beteiligt, und sie wird in Erfurt noch zu weiterer Bedeutungslosigkeit auch bei

kommunistischen Arbeitern verurteilt sein, nach den neuesten Erfahrungen des Streiks bei der Maschinenfabrik PELTZ in Erfurt. Einige Forderungen der RGO: Die Streikleitung sollte nicht aus Betriebsräten bestehen, sondern sie sollte aus der Mitte der Arbeiter gewählt werden unter Hinzuziehung einer Arbeitslosenvertretung. Durchführung des Streiks bis zur vollen Erfüllung aller Forderungen. Ausdehnung des Streiks auf alle Erfurter Betriebe und Ausdehnung des Kampfes auf Erwerbslose für höhere Unterstützungssätze. Die Versammlung, die die RGO veranstaltete, war nur von ungefähr 100 Arbeitern besucht, von denen nur 50 Schuharbeiter waren. Organisierte Schuharbeiter gibt es in Erfurt ungefähr 2500.

Die Kommunistische Partei sollte die RGO-Politik schnellstens beseitigen, sie täte der Arbeiterschaft und auch sich damit einen großen Dienst.

Neue Arbeitslosenunruhen.

Panik der Glas- und Feuerversicherungen.

z Wellington, 15. April.

Am Freitagabend kam es in Auckland (Neuseeland) zu neuen Arbeitslosenunruhen, wobei wieder eine größere Anzahl von Fensterscheiben eingeworfen wurde. Große Abteilungen von Polizisten und Marinesoldaten sowie berittene Freiwillige gingen gegen die Menge vor, bevor diese auseinandergetrieben wurde. Die Hauptgeschäftsstraßen von Auckland sehen aus wie nach einer Beschlebung. 250 große Auslagefenster von Geschäften müssen neu eingesetzt werden. Die Versicherungsprämien für Glasplatten sind um 50 Prozent erhöht worden. Feuerversicherungen gegen Brände, die von Demonstranten angestiftet werden, sind unerschwinglich, da die Gesellschaften Prämien von 1000 Prozent über den Normalatz verlangen. Im neuseeländischen Parlament wurde die Einführung einer besonderen Gesetzgebung gegen Arbeitslosenunruhen in Erwägung gezogen.

Streik in Buenos Aires.

o Buenos Aires, 15. April.

Sämtliche Angestellten der englisch-argentinischen Straßenbahngesellschaft sind in den Streik getreten, um ihre Forderung nach erhöhten Löhnen durchzusetzen. Alle Straßenbahnwagen in Buenos Aires wurden von Streikposten besetzt, die die Fahrgäste zum Aussteigen zwangen. Der Streik soll 24 Stunden dauern.

Im Reichsarbeitsministerium fand am Freitag eine Schlichterbesprechung statt, an der Reichsarbeitsminister STEGERWALD teilnahm.

In der „Diskussionsgesellschaft politisch Andersdenkender“ spricht am Dienstag, dem 19. April, im Nollendorf-Casino, Kleiststr. 11, 20.30 Uhr, der Radikaldemokrat Dr. Danilewicz über das Thema: „Neue Wege der Demokratie.“ Julius-Philippson (ISK) behandelt das aktuelle Problem: „Demokratie oder Führerschaft?“ Anschließend Diskussion. Freunde und Gegner der Demokratie sind freundlichst eingeladen.

Quittung

über Spenden für den Pressefonds des „Funkens“.

H. W. in H. 2,40 M.; S. in O. 2.— M.; B. in O. 1,50 M.; Sammlung W. 31,88 M.; H. K. in M. 6.— M.; A. P. in M. 10.— M.; K. Z. in M. 5.— M.; H. B. in M. 15.— M.; E. M. in M. 1,50 M.; H. S. in B. 82,50 M.; M. M. in B. 10.— M.; A. S. in G. 5.— M.; K. S. in G. 2.— M.; E. H. in G. 2.— M.; L. F. in G. 4.— M.; W. H. in G. 3.— M.; R. K. in G. 10.— M.; E. S. in G. 10.— M.; M. K. in G. 10.— M.; K. M. in M. 5.— M.; I. S. in B. 0,50 M.; R. L. in B. 77,70 M.; E. F. in A. 2.— M.; Sammlung F. 50.— M.; W. L. in F. 100.— M.; G. u. E. P. in S. 10.— M.; E. A. in S. 35.— M.; H. U. in M. 10.— M.; P. G. in B. 4.— M.; E. A. S. in D. 1.— M.; T. H. in K. 25.— M.; Mittagstisch S. 6.— M.; Sammlung F. 80,50 M.; A. Sch. in O. 2.— M.; R. H. in B. 3.— M.; G. M. in H. 5.— M.; E. F. in F. 25.— M.; G. E. in K. 5.— M.; H. E. in K. 10.— M.; L. H. in S. 2.— M.; H. L. in F. 20.— M.; A. B. in F. 15.— M.; F. L. in F. 5.— M.; Sammlung F. 10,30 M.; F. S. in A. 10.— M.

Wir danken allen Spendern herzlich, und bitten, die Bemühungen um Stärkung des Pressefonds fortzusetzen.

Rundfunksendungen,

die wir zur Beachtung empfehlen.

Sonntag, den 17. April.

Breslau:

19.30 ERNST TOLLER: Spanien-Reise.

Leipzig:

8.00 Dr. K. BERKEL: Die Bedeutung der genossenschaftlichen Selbsthilfe für die mitteldeutsche Landwirtschaft.

20.00 WAGNER-Abend der Dresdener Philharmonie.

Moskau (Wellenlänge 1304 und 1481 m):

20.00 Niedermetzlung unbewaffneter Arbeiter in den Goldminen von Lena in Ostibirien im Jahre 1912.

Montag, den 18. April.

Berlin:

17.50 Prof. HESSE: CHARLES DARWIN.

18.10 Dr. T. KOSWIG: Die Sozialversicherung nach den Notverordnungen.

18.30 E. TOLLER: Reise in Marokko.

Hamburg:

17.30 BERNH. SCHWERTFEGER: Wie steht es mit der Abrüstungskonferenz?

München:

18.50 GÜNTHER OHLBRECHT: Kündigung und Entlassung im Arbeitsrecht.

Moskau: (Wellenlänge 1304 m und 1481 m):

20.00 „Dneprostroi.“ (Zur Eröffnung am 1. Mai.)

Dienstag, den 19. April.

Hamburg:

17.30 F. J. FURTWÄNGLER und Dr. A. NOBEL: Indische soziale Lage.

Königsberg:

18.25 Dr. HANS HEYNICKE: Das Problem der Arbeitslosigkeit in der Welt.

Königswusterhausen:

19.20 Redakteur MIKS und FRITZ TARNOW: Wiederkehr oder Ende des Kapitalismus?

22.15 Dr. RAVENHILL: Politische Zeitungsarbeiten.

Langenberg:

18.15 Aus „Reise eines Naturforschers um die Welt“ von CHARLES DARWIN.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

ISK

7. JAHRGANG 4. HEFT APRIL 1932

INHALT:

Völkerverständigung:

GRETE HERMANN:

Der Völkerbund.

MINNA SPECHT:

Briand. Aussprüche Briands.

FRITZ GROB:

Gegen die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften.

WILLI EICHLER:

Arbeiterschaft und Wahlen. Die Reichspräsidentenwahl Die Landtagswahlen in Deutschland

Zum Nachdenken:

Die katholische Presse der Vereinigten Staaten.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Vegetarische Speisehäuser

zu Berlin

Friedrichstraße 151 Behnke
Nähe Bf. Friedrichstraße

Prinz-Louis-Ferdinand-Str. 21 Kronberg
Verlängerte Charlottenstraße

Mauerstraße 66-671 Weber
2. Haus von der Leipziger Straße

Neue Schönhauser Str. 101 Meinung
Nähe Bf. Börse

Alexanderstraße 501 Steinhoff
Nähe Bf. Alexanderplatz

Moabit, Paulstr. 21 Schmelz
Nähe Kriminalgericht

Potsdamer Str. 26a1 Homann
Nähe Potsdamer Brücke

Speisezeit ununterbrochen von 12 bis 9 Uhr

In Dresden

kauft du alle Nahrungsmittel für die vegetarische u. Rohkosternährung sowie Obst- u. Süßfrüchte

im Reformhaus Artelt
Georgplatz 2.

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen.

A. H. TIMMERMANN

Hamburg, Barockstraße 8.

Telephon: 25 53 42

C. Lotze

Göttingen

Johannisstr. 2

Butter
Käse, Eier
Landbrot

A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH

druckt



Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29

Telefon: Sammelnr. F 1 Modetplatz 5471

Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften und jede Art Geschäftsdrucksachen

Von der Kunst, zu philosophieren.

Von Leonard Nelson.

35 Seiten.

Gehftet 0,45 Mark.

Sonderdruck aus der seit langem vergriffenen Schrift:

„Die Reformation der Philosophie durch die Kritik der Vernunft.“

„Wie alle Arbeiten NELSONS zeichnet sich auch diese durch vortreffliche Klarheit und Schärfe der Gedanken aus. ... An dem Buche darf keiner, der sich für philosophische Fragen interessiert, vorbeigehen.“

„Wissenschaftlich-pädagogische Rundschau“ Nr. 41.

„Ein Buch, gerade auch für Arbeiter.“

Die einfache und klare Sprache macht das Buch für jeden Arbeiter verständlich. Das Buch enthält keine für den Arbeiter unverständlichen „Professorenweisheiten“, sondern jeder Gedanke wird klar entwickelt.“

„Der Funke“ Nr. 86.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a

Verbrecher gegen Verbrecher.

Eine Fememordorganisation im Braunen Haus.

H. Lt., München.

Am 8. April veröffentlichte die „Münchener Post“ (SPD) einen Artikel über die „Zelle G“ im Braunen Haus, in dem sie andeutete, daß dort eine Verschwörung gegen unbequeme und verdächtige NS-Funktionäre im Gange sei.

Die „Münchener Post“ hatte erst vor kurzem mit der Wiedergabe einer „Schwarzen Liste“ einen Hereinfluss erlebt; es erwies sich vor Gericht, daß die Liste von einem früheren NS-Mann gefälscht war. Diesmal scheint die Zeitung mehr Glück zu haben. Denn am Tage darauf, am 9. April, meldete die Münchener Polizeidirektion amtlich:

„Ein in München wohnender Fabrikant, der sich noch vor Jahresfrist als Standartenführer der SA betätigt hat, forderte vor Ostern mehrere Mitglieder der NSDAP auf, einige unbequem gewordene Führer der Partei aus der Welt zu schaffen und stellte zu diesem Zwecke Geldmittel zur Verfügung.“

Von den bereits am 7. April verhafteten 6 Personen ist nur der Fabrikant und Bandagist E. DANZEISEN in Haft behalten worden. Er gehört zur Zeit nicht mehr der NSDAP an. Unter den auf freien Fuß Gesetzten befindet sich seine Frau, der Karlsruher NS-Mann HORN und der berüchtigte Leutnant SCHWEIKART, der des Mordes an dem USP-Abgeordneten GAREIS verdächtig war; ferner Major a. D. und Reichstagsabgeordneter BUCH, Vorsitzender des „Üschla“ („Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß“ innerhalb der NSDAP).

Wie die „Münchener Post“ angibt, hatte die Zelle G“ die Aufgabe, die eigene Bewegung zu überwachen, und war vorerst in Süddeutschland ausgebaut. Unmittelbar vor Ostern sei ein eigenes Kommando dieser Zelle aus Karlsruhe unter Führung von HORN nach München geholt worden. Dies sei geschehen auf Betreiben des oben erwähnten BUCH. BUCH habe jetzt — das Übliche in solchen Fällen — einen Nerven-zusammenbruch erlitten.

Wer sollte das Opfer dieses Anschlags werden? In einer Zuschrift an den „Vorwärts“ verwarft sich BELL, der außen-

„Gut, daß wir sie los sind!“

SA-Rekruten verlassen Krefensen.

M. H. Kreinsen, 14. April.

Hier herrscht heute besonderes Leben. Von morgens an marschieren Trupps von SA und SS durch die Straßen zum Bahnhof unter Absingen ihrer faschistischen Marschlieder: es sind die SA-Rekruten, die zum Drill für den vierwöchentlichen Kursus in der SA-Schule hier zusammengezogen waren. Das Verbot der SA betrifft auch diese Schule: sie muß heute die Pforten schließen und die Kursusteilnehmer wieder nach Hause schicken. Ich sehe einen Trupp in Richtung Braunschweig abfahren.

Junge, kräftige Menschen, viele sehen aus wie Arbeiter. Es sind wohl meist erwerbslose Proletarier, die sich der SA verschrieben haben, weil sie einen anderen Ausweg nicht haben. „Wir kommen wieder!“, so rufen sie beim Abfahren.

Ich spreche mit einem Eisenbahnbeamten:

„Gut, daß wir diese Banden los werden. Sie haben die Stadt oft genug unsicher gemacht.“

Er erzählt mir, daß der Unterhalt für die Schule (in der über 200 jeweils für vier Wochen untergebracht waren) größtenteils durch Lebensmittelsammlungen bei den Bauern der Umgebung aufgebracht wurde. Die NS haben es verstanden, durch ihre Propaganda auf dem Lande die Bauern für sich einzufangen. So rächt sich die Unterlassungssünde der Arbeiterpartei, die nicht rechtzeitig das Bündnis mit ihrem natürlichen Bundesgenossen, der Bauernschaft, geschlossen haben.

politische Mitarbeiter von HITLERS Stabschef RÖHM, gegen die Unterstellung, er sei des Verrats an der NSDAP verdächtig. Zum Schluß schreibt er:

„Im übrigen mache ich darauf aufmerksam, daß der Mordanschlag nicht auf mich allein geplant war, sondern vor allem auf Graf DU MOULIN (den Chef der Nachrichtenabteilung der NSDAP, die Redaktion) und den Stabschef RÖHM.“

Auch der Abgeordnete HIMMLER, der Reichsführer der SS (der „Schutzstaffel“, die für den persönlichen Schutz der NS-Funktionäre bestimmt ist), wird als Gegenstand dieses Anschlags genannt. Von den Bedrohten haben RÖHM, BELL und HIMMLER am 9. April das Münchener Braune Haus verlassen und sind nach Berlin abgereist.

Es wundert uns nicht, daß sich die bekannte verbrecherische Gesinnung in der NSDAP auch einmal gegen die eigenen Herren kehrt. Verlassen dürfen wir uns auf solche „Helfer“ nicht. Die NSDAP wird erst dann zusammenbrechen, wenn sich die Arbeiterschaft gegen die NSDAP zusammenschließt und diesen Kampf energisch führt.

Um das Schicksal des „Reichsbanners“.

Was ‚nationale Kreise‘ erwarten.

h Berlin, 15. April.

Der Vorsitzende der deutschnationalen Fraktion im Preußischen Landtag hat sich „verpflichtet gefühlt“, den Ministerpräsidenten BRAUN „darauf aufmerksam zu machen, daß unter den gegebenen Umständen die nationalen Kreise in Preußen Maßnahmen erwarten, durch die die Auflösung des ‚Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold‘ beschleunigt in die Wege geleitet wird.“ Die gegebenen Umstände sind nach Ansicht der ‚Deutschnationalen‘: Waffenlager des ‚Reichsbanners‘. Heranziehung von ‚Reichsbanner‘-Verbänden zu polizeilichen Amtshandlungen; Propagierung der Kriegsdienstverweigerung durch namhafte ‚Reichsbanner‘-Führer. „Eine Förderung des Wehrgedankens zum Schutze deutscher Grenzen im Notfalle dürfte daher von diesem Verein nicht zu erwarten sein. Seine militärische Ausbildung und Ausrüstung richtet sich nur gegen den inneren Frieden im Lande.“

Der Schreiber dieses Briefes hat sich „erlaubt, Abschrift dieses Schreibens dem Herrn Reichsinnenminister gleichzeitig zu überreichen.“

Groener hat nicht die Absicht.

h Berlin, 15. April.

Das Reichsinnenministerium hat erklärt, eine Absicht den „Stahlhelm“ zu verbieten, habe „zu keiner Zeit bestanden“. Auf die Forderungen, das „Reichsbanner“ zu verbieten, „wird an zuständiger Stelle erwidert, daß selbst in nationalsozialistischen Zeitungen immer wieder die Unterlegenheit des ‚Reichsbanners‘ gegenüber der SA betont worden sei“.

Höltermann beugt vor.

Die Bundesleitung des „Reichsbanners“ hat anlässlich des SA-Verbots angeordnet: „Im ganzen Reichsgebiet sind alle außerordentlichen Schutzmaßnahmen aufzuheben. Mit dem Wegfall der unmittelbar drohenden Angriffsfahr hören die besonderen Funktionen auf, die der Schupo und den Sonderformationen übertragen wurden.“

sonders für die Feste der Menschen ihr Leben lassen müssen, würden sich entrüsten, wenn man ihnen sagte, daß wir keine Kultur haben.

Der Unterfan.

A. St. Der frühere deutsche Kronprinz hat am 1. April eine Erklärung herausgegeben, in der er zur Wahl ADOLF HITLERS aufruft. Daß er damit sein Versprechen, sich nicht in politische Dinge einzumischen, gebrochen hat, sollte mehr als uns die Regierung kümmern, die ihm auf Grund dieses Versprechens die Rückkehr nach Deutschland erlaubte. Uns interessiert nur, daß der Kronprinz sich für den Kandidaten der „Arbeiterpartei“ einsetzt; mehr noch interessiert uns aber, daß ADOLF HITLER bereit gewesen ist, sich für die geplante „Kandidatur Kronprinz“ einzusetzen. Es scheint nötig, auf Vorgänge hinzuweisen, die sich in den letzten Tagen vor dem 1. Wahlgang abgespielt haben. Der „Fridericus“, der die Kandidatur des Kronprinzen zuerst proklamierte, berichtet darüber: Drei von dem Aufruf des „Fridericus“ begeisterte Männer führen zum Kronprinzen, und es gelang ihnen, diesen zur Annahme der Kandidatur zu bewegen, falls der ehemalige Kaiser als Chef des Hauses Hohenzollern nichts dagegen einwenden würde. Dann fuhr der Eine zum Kaiser, der Zweite holte von der DNVP ihre Zustimmung, der Dritte fuhr zu HITLER nach München. Er hatte Erfolg. Der „Fridericus“ berichtet:

„Nachts gegen 12 Uhr erhielten wir die erste erfreuliche Mitteilung... Hitler hatte sich bereit erklärt, den Kronprinzen auf den Schild zu heben.“ (Nr. 15.) Doch die Aktion scheiterte in Doorn. Wilhelm wollte nicht, und es war nicht möglich, ihn umzustimmen.

Fast scheint es uns, als ob der alte Herr in Doorn doch noch der klügste von diesen Politikern gewesen ist. Was wäre geschehen, wenn er seine Zustimmung gegeben hätte? Die NSDAP hätte den Kronprinzen zu ihrem Kandidaten gemacht — den Kronprinzen, der kein anderes „Verdienst“ für sich buchen kann als das, ein Mitglied des Hauses Hohenzollern zu sein. Die NSDAP hätte damit allzu offenkundig ihren reaktionären Charakter enthüllt — und sicher wäre es manchem P.g. etwas merkwürdig vorgekommen, daß gerade dieser Hohenzoller ihm Arbeit und Brot verschaffen sollte. Die Kandidatur Kronprinz wäre vielleicht der Anfang vom Ende gewesen. — HITLER kann dem Ex-Kaiser dankbar dafür sein, daß er ihn vor dieser Blamage bewahrt hat.

„Ergebenst zurück.“ Eine Mappe Legalitätserklärungen.

h Berlin, 15. April.

GROENER hat dem NS-Rechtsanwalt FRANK II folgendes mitgeteilt:

„Ihrom Wunscho entsprechend sende ich Ihnen die Mappe mit den Legalitätserklärungen von Führern der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, die Sie mir zusammen mit Herrn Hauptmann GÖRING übergaben hatten, ergebenst zurück. Ich glaube, daß es all diesen Herren mit ihrem Willen zur Legalität durchaus ernst ist, aber dieser Wille und diese Erklärungen genügen nicht, wenn die Partei sich nicht von Dingen befreit, die ihrem Wesen nach illegal sind.“

Spitzel bei Behörden.

Im „Bayerischen Kurier“ lesen wir:

„An allen maßgebenden Stellen ist man sich darüber völlig im klaren, daß irgend welches belastendes Material nicht mehr gefunden werden wird. Ganz offensichtlich sind frühzeitig Nachrichten über das Verbot in die Hände der Nationalsozialisten gekommen, die sicherlich alles getan haben, um belastendes Material verschwinden zu lassen.“

Aus dieser unbestrittenen Tatsache geht hervor, daß die NS ihre Freunde auch in den obersten Beamtenkreisen sitzen haben, wo sie zu Gunsten der Nazi-Bewegung spionieren.

Um das Schicksal des „Reichsbanners“.

Was ‚nationale Kreise‘ erwarten.

h Berlin, 15. April.

Der Vorsitzende der deutschnationalen Fraktion im Preußischen Landtag hat sich „verpflichtet gefühlt“, den Ministerpräsidenten BRAUN „darauf aufmerksam zu machen, daß unter den gegebenen Umständen die nationalen Kreise in Preußen Maßnahmen erwarten, durch die die Auflösung des ‚Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold‘ beschleunigt in die Wege geleitet wird.“ Die gegebenen Umstände sind nach Ansicht der ‚Deutschnationalen‘: Waffenlager des ‚Reichsbanners‘. Heranziehung von ‚Reichsbanner‘-Verbänden zu polizeilichen Amtshandlungen; Propagierung der Kriegsdienstverweigerung durch namhafte ‚Reichsbanner‘-Führer. „Eine Förderung des Wehrgedankens zum Schutze deutscher Grenzen im Notfalle dürfte daher von diesem Verein nicht zu erwarten sein. Seine militärische Ausbildung und Ausrüstung richtet sich nur gegen den inneren Frieden im Lande.“

Der Schreiber dieses Briefes hat sich „erlaubt, Abschrift dieses Schreibens dem Herrn Reichsinnenminister gleichzeitig zu überreichen.“

Groener hat nicht die Absicht.

h Berlin, 15. April.

Das Reichsinnenministerium hat erklärt, eine Absicht den „Stahlhelm“ zu verbieten, habe „zu keiner Zeit bestanden“. Auf die Forderungen, das „Reichsbanner“ zu verbieten, „wird an zuständiger Stelle erwidert, daß selbst in nationalsozialistischen Zeitungen immer wieder die Unterlegenheit des ‚Reichsbanners‘ gegenüber der SA betont worden sei“.

Höltermann beugt vor.

Die Bundesleitung des „Reichsbanners“ hat anlässlich des SA-Verbots angeordnet: „Im ganzen Reichsgebiet sind alle außerordentlichen Schutzmaßnahmen aufzuheben. Mit dem Wegfall der unmittelbar drohenden Angriffsfahr hören die besonderen Funktionen auf, die der Schupo und den Sonderformationen übertragen wurden.“

Hindenburg erwägt.

Wie wir soeben erfahren, hat HINDENBURG an GROENER einen Brief geschrieben, in dem er diesen bittet, nachzuprüfen, ob die Beschuldigungen gegen „Reichsbanner“ und „Eiserne Front“ zuträfen. Es müßte der Eindruck vermieden werden, daß in Deutschland mit zweierlei Maß gemessen wird.

Erfolg Noskes in seinem Konflikt mit NS.

o Celle, 15. April.

In dem Streit NOSKES mit der nationalsozialistischen „Niedersächsischen Tageszeitung“ hatte der Verlag dieser Zeitung eine einstweilige Verfügung erwirkt, durch die NOSKE seine Maßnahmen gegen die Verteilung von Werbeexemplaren der Zeitung verboten wurden. Noske hatte gegen diese Verfügung Berufung eingelegt. Aber am 9. April hatte das Landgericht Hannover die Verfügung bestätigt und Noske, ja sogar GROENER, bewußten Mißbrauch ihrer Amtsbefugnisse vorgeworfen. Gegen dieses Urteil ließ der preußische Innenminister Berufung beim Oberlandesgericht in Celle einlegen.

Vor dem dritten Zivilsenat dieses Gerichts wurde am Freitag diese Berufung verhandelt. Noske war persönlich erschienen. Der preußische Innenminister hatte einen Vertreter entsandt. Das Urteil des Senats hebt das Urteil des Landgerichtes Hannover auf und legt dem Verlage der „Niedersächsischen Tageszeitung“ die Kosten des Rechtsstreites auf. In einer kurzen Begründung führte der Vorsitzende aus, daß das Gericht den (mit der einstweiligen Verfügung beschränkten) Rechtsweg nicht für zulässig gehalten habe, da über die Rechtmäßigkeit von Staatshoheitsakten nicht vor den bürgerlichen Gerichten gestritten werden könne.

Ueber die von SEVERING beim preußischen Justizminister beantragte Untersuchung ist noch nichts weiter bekannt geworden. Die Untersuchung soll sich gegen die Richter beim Landgericht Hannover richten, wegen der in der Urteilsbegründung ausgesprochenen Beleidigungen.

Kultur?

Tierschinderei.

G. E. Ich gehe durch die Straßen der Stadt. Im Schaufenster einer großen Konditorei: Ostereier aus Pappe, aus Schokolade, aus Zucker. In einer Ecke, lustig durcheinander purzelnd, flaumige, goldgelbe Entenküken. Wie hübsch sind die kleinen Dinger, so vollkommen nachgemacht, daß sie aussehen wie echte. — Ein Stück 1 Mark.

Ich betrachte sie genauer. Da merke ich, es sind keine künstlichen, keine nachgemachten Entchen. Geschäftstüchtige, grausame Menschen haben einige Tage alte Entenküken getötet und ausgestopft. Die Schwimnhäute an ihren kleinen Füßchen sind vertrocknet und welk.

Im Schaufenster eines Feinkostgeschäfts sind lebende Hummern ausgestellt, die zwischen Büchsen und Früchten krabbeln. Mit Draht hat man ihre Scheren umwickelt, mit Draht hat man die Tiere angebunden. Sie bemühen sich vergeblich von der Stelle zu kommen. — Arme, hungernde Tiere, ihr könnt euch nicht gegen die Menschen wehren! Menschen? Geschäftstüchtige Verbrecher, die kein Gericht für ihre Grausamkeit bestraft, mit der sie lüsterne Feinschmecker zum Kauf anlocken.

Verschnittene Straßen eines Winterkurorts. Die Läden sind noch geöffnet. Hastig eilen Hausfrauen und Dienstmädchen, vor Ladenschluß noch einzukaufen. Die Tür eines Fischladens bleibt offenstehen. Strahlende Helle drinnen und reger Betrieb. Silvesterkarpfen wird noch eingehandelt. Ein Verkäufer kommt gerade mit einem großen Fisch und legt ihn auf die Waage. Das Stück ist der kaufenden Hausfrau zu groß. Der Verkäufer nimmt ein Messer und schneidet ohne Zögern den zappelnden, sich bäumenden Fisch in zwei Teile.

Gibt es kein Gesetz, das solche Grausamkeit bestraft? „Die Herren Fischhändler werden gebeten, die Fische beim Verkauf zu töten!“ Das stand im letztvergangenen Jahre in den Zeitungen.

Und alle die Menschen, die an den Auslagen vorbeigehen und gedankenlos die ausgestopften Entenküken, die zappelnden Hummern und die vielen getöteten Tiere sehen, die be-

Wir aber wollen um so mehr auf das hinweisen, was der alte Herr verhindert, was HITLER gewollt hat — und wollen uns an einige Sätze der faschistischen Zeitschrift „Gerarchia“ erinnern, wahrhaft prophetische Sätze:

„Der deutsche Faschismus hat weder eine gute Organisation, noch hat er Führer. Und wenn er morgen in die Lage käme, eine Bewegung anzuführen, so würde er aus Armut an Ideen die Rückkehr Wilhelms des Zweiten fordern.“ (Zitiert nach dem „Aufbruch“.)

Die Würde des Menschen.

K. M. Ein Mensch spielt ununterbrochen Klavier, 60 Stunden, 70 Stunden und mehr. Ich traf ihn in einem Café um die Zentralmarkthallen herum, bei dem Versuche, seinen eigenen Weltrekord zu brechen. Es war früh morgens, als ich hinkam und er spielte bereits 43 Stunden lang. Er bot einen widerlichen Anblick: mit einem verschwollenen und übermäßigem Gesicht, spielte er apathisch, mit dunklen Ringen unter den Augen, zuweilen durch ein Fortes sich selber aus seinem Hindämmern aufweckend und seinen ermüdeten Körper immer wieder durch Kaffee und Zigaretten aufpeitschend. Um ihn herum saßen Menschen, nicht allzu viele, ebenso stumpf und gleichgültig wie er oder sensationslüstern und von frocher zudringlicher Neugierde.

Was trieb jenen Menschen zu dem Wahnsinn, tagelang ohne Unterbrechung Klavier und auf weiteren drei Instrumenten zu spielen? Lächerliche Frage eigentlich. Die Not, jahrelange Arbeitslosigkeit ließen ihn diesen letzten Versuch wagen. Vielleicht glückte es ihm, dadurch die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu lenken, und eine Stellung in seinem Beruf als Musiker zu finden. Ich entsinne mich noch, wie er bei seinem ersten Versuch vor Wochen das gewünschte und gesuchte Echo in der Öffentlichkeit auch fand. Er spielte damals in einem Café am Spittelmarkt und wurde auch dort für vier Wochen engagiert. Dann war die Attraktion verfliegen, und er fand sich wieder auf der Straße: die Boulevardblätter hielten nach neuen Sensationchen Ausschau und er spielt jetzt in einem fragwürdigen Café in der Nähe des Alexanderplatzes, — diesmal wahrscheinlich schon ohne Hoffnung und nur, um sein Leben zu fristen.

Ein würdiges Gefühl überkam mich, als ich nach diesem Schauspiel wegging, die Würde eines Menschen als eines Vernunftwesens durch die grausame Not der Zeit und durch seine Mitmenschen auf so ekelhafte Art und Weise in den Schmutz getreten zu sehen.

Bauern gegen Dünger-Kartelle.

Wir entnehmen aus Nr. 15 der „Deutschen Bauernzeitung“, vom 10. April 1932, die folgenden Ausführungen:

Am 31. März hielt die Preußische Hauptlandwirtschaftskammer ihre 14. Vollversammlung ab. Wie schon früher bei Sitzungen des Deutschen Landwirtschaftsrates, kam auch auf dieser Tagung die die bäuerliche Landwirtschaft außerordentlich stark berührende Frage der Preisdiktatur der Kartelle und Syndikate zur Sprache.

Eine Reihe von Rednern, darunter insbesondere auch der Landwirtschaftskammerpräsident Freiherr von LÜNINCK, wandte sich gegen die die landwirtschaftlichen Interessen aufs schwerste schädigende Preispolitik der Kartelle und Syndikate, vor allem auch der Düngemittelindustrie. Freiherr von LÜNINCK wies dabei mit Recht auf die bekannte Tatsache hin, daß z. B. das Stickstoffsyndikat nach Holland den Doppelzentner Leunasalpeter für 13 Mark verkaufe, während der deutsche Bauer für die gleiche Ware 23 Mark bezahlen müsse. Ebenso werde der Zentner Superphosphat holländischen Abnehmern für 2,75 Mark geliefert, wohingegen er in Deutschland 4,70 Mark koste. Diese Behandlung könne sich die deutsche Landwirtschaft nicht länger gefallen lassen. Die industrielle Preisschere zu Lasten der Landwirtschaft sei einfach nicht mehr zu ertragen.

Nachdem sich noch andere Redner in üblichem Sinne geäußert hatten, griff der Präsident der Oberschlesischen Landwirtschaftskammer, Herr FRANZKE, ein. Er gab seiner Genugtuung über die Stellungnahme so prominenter Mitglieder der Hauptlandwirtschaftskammer Ausdruck, die vollkommen seiner von jeher vertretenen und zum Ausdruck gebrachten Auffassung entspräche. Er glaube jedoch, daß es nicht richtig und wenig zweckdienlich sei, diese Fragen in Abwesenheit von Syndikatsvertretern gewissermaßen nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu behandeln. Er halte es vielmehr für notwendig, daß die in der Hauptlandwirtschaftskammer durchgedrungene Erkenntnis nun auch als wichtige öffentliche Kundgebung nach außen hin Ausdruck fände. Aus diesem Grunde schlage er folgende Resolution vor:

„Die Preußische Hauptlandwirtschaftskammer erhebt entschiedenen Protest gegen die seit Jahren betriebene Preispolitik der Kartelle und Syndikate, die besonders bei den Düngersyndikaten darauf hinausläuft, die ausländische

Landwirtschaft fast zur Hälfte des Preises, den die deutsche Landwirtschaft zahlen muß, zu beliefern. Angesichts des Tiefstandes der Preise der landwirtschaftlichen Veredelungsprodukte und der dadurch bedingten Preisschere bedeutet diese Preispolitik eine schwere Schädigung der deutschen Landwirtschaft; denn auf der einen Seite ist dadurch die deutsche Landwirtschaft gezwungen, teurer zu produzieren, und auf der anderen Seite wird die ausländische Landwirtschaft instand gesetzt, den teilweise noch lückenhaften Zollschutz zu durchbrechen. Die Hauptlandwirtschaftskammer ersucht die preußische Staatsregierung, mit allen Mitteln gegen diese Uebervorteilung der deutschen Landwirtschaft einzuschreiten.“

Hierauf spielte sich nun im Plenum der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer folgender mehr als eigenartiger Vorgang ab: Zunächst sichtbar betretenes Schweigen in der ganzen Versammlung. Dann aber fand als erster Freiherr von LÜNINCK die Sprache wieder. Er erhob sich und erklärte, er sympathisiere zwar mit dem Grundgedanken dieser Resolution, wäre aber doch der Meinung, daß die ganze Materie noch nicht genügend durchgearbeitet sei. Deshalb wäre es richtiger, die Resolution „dem Vorstände als Material zu überweisen“. Herr Präsident FRANZKE wandte sich mit aller Entschiedenheit gegen diesen Antrag. Nach den ersten Ausführungen des Freiherrn von LÜNINCK sei schlechterdings nicht zu verstehen, weshalb nun plötzlich die ganze Angelegenheit noch nicht dafür reif sein solle, der Öffentlichkeit unterbreitet zu werden. Er müsse darum schon auf Abstimmung seines Antrages bestehen.

In der Abstimmung wurde mit allen Stimmen gegen Herrn FRANZKE die von diesem vorgeschlagene Resolution nicht zum Beschluß erhoben, sondern dem Vorstand überwiesen. Bemerkenswert ist, daß gegen den FRANZKEschen Antrag auch die anwesenden Nationalsozialisten stimmten, so vor allen Dingen der nationalsozialistische Präsident der Kammer Niederschlesien.

Dieses neuerliche Versagen gegenüber der Preisdiktatur der Düngerindustrie entspricht durchaus der auch in der „Deutschen Bauernzeitung“ seit langem schon kritisierten bisherigen bedenklichen Haltung der Spitzenorganisation der Landwirtschaftskammern in dieser wichtigen Frage landwirtschaftlicher Produktionspolitik.

Ein Gang durch den Börsenkurszettel.

Auch für Nicht-Kapitalisten ist es nicht uninteressant, nach Wiederbeginn der öffentlichen Börsennotierungen den amtlichen Kurszettel zu studieren. Wir geben hier einige charakteristische Proben, und zwar zur Kennzeichnung der Kursentwicklung nach Möglichkeit fünf Zahlen: den Höchstkurs von 1931, den Kurs vom 11. Juli und vom 18. September 1931 und den Kurs vom 12. und 15. April 1932. Der 11. Juli war der letzte Börsentag vor der Schließung der Schalter der Danat-Bank. Die Börsen waren darnach geschlossen bis zum September. Sie waren dann nur wenige Tage geöffnet und wurden am 18. September wieder geschlossen nach der Lösung des englischen Pfundes vom Goldstandard.

Verglichen mit dem Höchstkurs 1931 ist bei allen Aktien ein erheblicher Kursrückgang festzustellen. Gegenüber dem September vorigen Jahres konnten sich viele Papiere halten oder gar leicht verbessern. Unternehmungen mit Verlustabschlüssen und solche, deren Aktienkapital zusammengelegt wurde (die zweite Gruppe unserer Tabelle), haben besonders starke Kursverluste zu verzeichnen. Die Aktien der Svenska, eines Zweigunternehmens des KREUGER-Konzerns, sind besonders stark gefallen; das war nach dem Zusammenbruch dieses Konzerns auch nicht anders zu erwarten.

	Höchstkurs 1931	11. 7. 1931	18. 9. 1931	12. 4. 1932	15. 4. 1932
Continental Gummi	124,75	89,75	67,00	79,00	79,25
Dortmunder-Aktien-					
Brauerei	177,00	—	100,00	103,50	105,00
I. G. Farben	159,75	121,60	92,50	93,12	89,00
Harpener Bergbau	84,50	53,00	30,00	33,00	33,00
Ilse Bergbau	220,00	141,00	117,50	124,00	130,00
Kali Aschersleben	—	—	64,00	78,25	87,00
Rheinische Braunkohlen Rheinisch-Westf.	190,00	143,00	113,75	155,50	161,50
Elektrizitätswerke	142,50	100,00	65,75	61,00	62,00
Salzdetfurth Kali	270,00	172,50	132,00	140,00	146,50
Tietz	125,00	76,50	47,25	53,00	55,75
AEG	117,60	83,25	43,00	22,62	26,50
Bemberg	107,90	83,50	48,25	24,50	35,00
Hapag	76,25	38,75	25,00	10,87	14,50
Nordd. Lloyd	77,90	40,75	25,87	11,75	15,50
Svenska	280,00	220,00	145,00	8,50	9,00
Verein. Stahlwerke	67,90	36,00	19,00	12,00	15,87

Von den Staatsanleihen stehen die Papiere derjenigen Staaten besonders schlecht, in denen HITLER-Minister die Macht haben oder hatten:

	18. 9. 1931	12. 4. 1932	15. 4. 1932
6 % Preuß. Staatsanleihe 1928	77,00	71,75	73,00
6 % Preuß. Staatsanleihe 1929 u. 1931	86,50	87,50	87,50
6 % Sächs. Staatsanleihe 1927	60,00	58,25	59,75
6 % Thüring. Staatsanleihe 1926	62,00	46,00	—
6 % Braunschw. Staatsanleihe 1928	63,00	38,00	46,87

Von den Banken haben diejenigen einen besonders starken Kursverlust zu verzeichnen, die eine „Sanierung“ nötig hatten:

	Höchstkurs 1931	11. 7. 1931	18. 9. 1931	12. 4. 1932	15. 4. 1932
Berliner Handelsgesellschaft	135,00	102,00	63,00	82,00	82,00
Commerz- und Privatbank	123,00	100,50	62,50	23,00	23,25
Dresdner Bank	116,50	100,00	43,00	23,00	24,00

Bei Stadtanleihen zeigten sich Merkwürdigkeiten wie diese: fünfprozentige Schatzanweisungen einer Großstadt, die am 1. April 1933 mit 110 Prozent des Nennwertes rückzahlbar sind, wurden mit etwa 60 Prozent bewertet. Der Käufer hat also, wenn die Rückzahlung am 1. April 1933 erfolgt, die Aussicht, außer den Zinsen rund 80 Prozent zu verdienen. Die Möglichkeit, daß die Rückzahlung termingemäß erfolgt, wird von der Börse also anscheinend sehr gering eingeschätzt.

ESTLAND

Großgrundbesitzer-Forderungen: Die estländischen Großgrundbesitzer stehen ihren deutschen Standesgenossen in bezug auf anmaßende Forderungen um nichts nach. Sie sind sehr stark verschuldet an die staatlichen Banken und fordern, um ihre Schulden los zu werden, Wertverminderung der estländischen Krone oder ein langjähriges Schuldenmoratorium. Ferner verlangen sie, daß die Arbeitslosen Landarbeit leisten sollen für ein Monatsgehalt von 5 bis 8 Kronen (ungefähr ebenso viel Mark), die nicht etwa der Gutsbesitzer, sondern der Staat zahlen soll.

LETTLAND

Getreideeinfuhrmonopol: In Lettland wird ab 1. Juni ein staatliches Einfuhrmonopol für Roggen, Weizen, Gerste und Mais bestehen. Von diesem Termin ab darf nur noch das lettländische Landwirtschaftsministerium ausländisches Getreide einführen. Das Landwirtschaftsministerium wird auch inländisches Getreide aufkaufen, und zwar zu Einheitspreisen. Es ist vorgesehen, daß die Einheitspreise für Herbst bereits im April vom Kabinett festgesetzt werden.

Noch mehr Krücken in Aussicht: Zur Förderung der Buttererzeugung und der Schweinezucht sind Gesetze geplant, die den Exporteuren von Butter und Schweinefleisch Mindestpreise garantieren.

HOLLAND

Eierpreisstützung: Die holländische Regierung plant, dem Markt in den nächsten Monaten 100 Millionen Eier zu entnehmen, um den Eierpreis zu stützen. Die Eier sollen in Kühlhäusern gelagert werden. Verluste, die den Genossenschaften durch den Verkauf von Kühlhäusern entstehen, werden durch Staatsgarantie gedeckt.

Butterbeimischungszwang für Margarine: Zur Unterstützung der holländischen Viehhalter, die durch die Einfuhrbeschränkungen der anderen Länder in Schwierigkeiten geraten sind, ist ein Gesetzentwurf ausgearbeitet worden, nach dem in Zukunft der Margarine eine bestimmte Menge Butter — etwa 50 Prozent — beigemischt werden soll. — Das System des Beimischungszwangs macht immer mehr Schule!

Steigender deutscher Ausfuhrüberschuß bei schrumpfendem Außenhandel.

Ausfuhrüberschuß im März: 163 Millionen Mark.

Die deutsche Ausfuhr ist im März wertmäßig um 11 Millionen Mark gegenüber dem Februar zurückgegangen, also um etwa 2 Prozent. Da der Durchschnittswert der Ausfuhr um 1,2 Prozent gesunken ist, beträgt der mengenmäßige Rückgang nur 0,9 Prozent. Der Rückgang entfällt vor allem auf Fertigwaren. Die Ausfuhr ist zurückgegangen nach der Schweiz und Großbritannien, eine deutliche Folge der dort zunehmenden Einfuhrhemmungen, ferner nach Dänemark, was vielleicht eine Rückwirkung der deutschen Butterzollpolitik ist.

Die deutsche Einfuhr ist um 77 Millionen Mark auf 364 Millionen Mark gesunken, besser gesagt: gestürzt. Diejenigen, die von deutscher Autarkie schwätzen, sollten die Einfuhr vom März 1932 einmal vergleichen mit der monatlichen Einfuhr in den Jahren 1927 bis 1929. Auf dem Wege zur Autarkie sind wir schon sehr weit „voran“ gekommen!

Der Ausfuhrüberschuß, der im Januar — unter Berücksichtigung der Lagerabrechnungen — 117 Millionen Mark betragen hatte, im Februar: 97 Millionen Mark, betrug im März 163 Millionen Mark. Da die Steigerung der Hand in Hand geht mit einem Rückgang der deutschen Ausfuhr, bringt sie auch für diejenigen keine reine Freude, die sie an sich in Anbetracht der Devisenschwierigkeiten begrüßen.

Wir bitten unsere Leser, selber an Hand der nachstehenden Tabelle zu vergleichen, welche Revolution innerhalb des deutschen Außenhandels während der letztvergangenen Jahre vor sich gegangen beziehungsweise erzwungen worden ist.

Deutscher Außenhandel. (In Millionen Mark.)

Monat	Insgesamt			Lebensmittel		Rohstoffe		Fertigwaren	
	Einl.	Ausf.	Saldo	Einl.	Ausf.	Einl.	Ausf.	Einl.	Ausf.
1913	898	841	-57	234	39	523	190	116	662
1927	1186	900	-286	361	37	599	217	212	644
1928	1167	1023	-144	349	52	602	229	204	740
1929	1121	1124	+3	319	58	600	244	189	819
1930	866	1003	+137	247	40	459	204	150	753
1931	560	800	+240	164	30	289	151	102	615
1930 Okt.	834	1073	+239	249	36	430	208	143	817
1930 Nov.	784	931	+147	207	34	383	176	134	711
1930 Dez.	681	903	+222	192	38	359	169	122	697
1931 Jan.	715	775	+60	217	27	371	170	118	675
1931 Feb.	620	778	+158	172	24	331	160	113	591
1931 März	584	867	+283	171	29	297	172	111	662
1931 Okt.	483	879	+396	158	36	225	148	95	691
1931 Nov.	482	749	+267	141	33	248	124	89	589
1931 Dez.	488	738	+250	158	32	241	116	86	589
1932 Jan.	440	542	+102	141	22	221	102	75	417
1932 Feb.	441	538	+97	133	16	230	97	76	424
1932 März	364	527	+163	113	16	188	93	60	417

1) Monats-Durchschnitte.
2) Einschließlich Reparationslieferungen.

H. H.

Agrarkrise in Jugoslawien.

Staatselngriffe, Staatselngriffe . . .

Die allgemeine Wirtschaftskrise machte sich in Jugoslawien erst Mitte 1931 bemerkbar. Im Jahre 1930 war Jugoslawien nicht nur von der Krise völlig unberührt, sondern die Wirtschaft des Landes stand in diesem Jahr sogar auf einem Höhepunkt der guten Konjunktur, wie er in der Geschichte Jugoslawiens noch nicht vorgekommen war.

Diese günstige Wirtschaftslage hatte mehrere Ursachen, darunter die schlechte Obsternte in Mitteleuropa, die eine große Ausfuhr von Obst ermöglichte, und die günstigen Preise, die für die Getreide- und Viehausfuhr erzielt werden konnten. In der ersten Hälfte des Jahres 1931 machten sich die niedrigen Weltmarktpreise für Getreide in Jugoslawien noch nicht bemerkbar, weil der auszuführende Uberschuß bereits abgesetzt war. In einigen Zweigen der landwirtschaftlichen Veredelungswirtschaft begann man die Krise zu spüren, so vor allem im Obst-, Wein-, Hanf- und Hopfenbau.

Um den katastrophalen Fall der Weltmarktpreise vom Lande fernzuhalten, führte die jugoslawische Regierung in der ersten Hälfte des Jahres 1931 das sogenannte „Weizenregime“ ein. Eine Weizenexportgesellschaft wurde gegründet, die allen ihr angebotenen Weizen zum Standardpreis von 160 Dinar (damals 11–12 Mark) pro Doppelzentner für die schlechteste Sorte ankaufte. Der so erworbene Weizen sollte ausgeführt werden. Der Zweck dieser Einrichtung war also, den Inlandspreis für Weizen nicht unter 160 Dinar sinken zu lassen.

Die Schwierigkeiten, denen die Exportgesellschaft sich gegenüber sah, waren größer, als die Regierung vorausgesehen hatte: die Geldmittel, die zum Ankauf des Weizens

erforderlich waren, fehlten. Die Weltmarktpreise sanken, und die Spanne zwischen An- und Verkaufspreis des Weizens wuchs zu Ungunsten der Exportgesellschaft immer mehr.

Daraufhin führte die Regierung zur Beschaffung von Geldmitteln ein Inlandsmonopol für Weizen ein. Die Exportgesellschaft erhielt ein Monopol für die Belieferung der Mühlen mit Getreide, damit sie diesen das Getreide um 70 Dinar je Doppelzentner teurer verkaufen konnte, als sie es von den Bauern kaufte. Dieser Gewinn sollte den Verlust an der Ausfuhr decken.

Dieses Gesetz öffnete dem Betrug Tür und Tor. Anstatt von der Exportgesellschaft zu kaufen, wandten sich die Mühlen direkt an die Bauern, um ihnen den Weizen billiger abzukaufen. Die Bauern gingen darauf ein, da sie von den Mühlenbesitzern wenigstens Geld bekamen. Die Finanzlage der Exportgesellschaft dagegen ist so schlecht, daß sie Schulden in Höhe von 200 Millionen Dinar (heute rund 13 Millionen Mark) hat, die der Staat wohl auf irgendeine Weise decken muß.

Die Viehausfuhr, die für Jugoslawien sehr wichtig ist, wurde auch von der Krise in Mitleidenschaft gezogen. Die Preise für Vieh sanken bis zu 80 Prozent. Gleichzeitig ging die Ausfuhr mengenmäßig stark zurück, vor allem wegen der die Ausfuhr hindernden Zoll- und Devisenbestimmungen der Empfangsländer. Denn gerade die ost- und mitteleuropäischen Länder, die über 50 Prozent der jugoslawischen Ausfuhr aufnahmen, haben besonders starke Einfuhrbeschränkungen erlassen.

Me.